

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 5,20.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Welfenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeile ober deren Raum 1 M.,  
für Versammlungsanzeigen 40 M. pro Zeile.

## Kameraden! Werbt und wirkt für unsere Berufsorganisation!

### Die Ferienfrage vor dem Haupttarifamt.

Am 3. und 4. Februar tagten in Berlin gemeinsam die Haupttarifämter für das Baugewerbe und das Tiefbaugewerbe. Ihnen war die Aufgabe gestellt, nach einem Ausgleich zu suchen zwischen den voneinander abweichenden Bestimmungen beider Reichstarifverträge und außerdem in der Ferienfrage eine Entscheidung herbeizuführen. Der Tiefbauvertrag, an dem unser Zentralverband nicht beteiligt ist, enthält für die Arbeiter ungünstigere Bedingungen in der Entschädigung der Feiertage infolge Witterungsverhältnisse usw. sowie in den Protokollarischen Erklärungen zur Ferienfrage. Eine weitere Differenz zwischen beiden Tarifverträgen betrifft die Vertretung der Arbeiter auf den Baustellen. Die Protokollarische Erklärung V im Reichstarifvertrag für das Baugewerbe besagt über Ferien: „Kommt eine Einigung oder ein Beschluß innerhalb der Kommission nicht zustande, so kann jede Partei das Haupttarifamt zur Entscheidung anrufen.“ Geringer heißt es in der Protokollarischen Erklärung VII des Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe: „Kommt eine Einigung oder ein Beschluß innerhalb der Kommission nicht zustande, so kann jede Partei das Haupttarifamt zur Einigung anrufen.“ Plenarverhandlungen über vorbeschriebene Differenzen oder über eine Möglichkeit, sie zu beheben, haben überhaupt nicht stattgefunden; die Unparteiischen waren vielmehr bemüht, in getrennten Besprechungen mit den Vertretern der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden vorhandene Gegensätze auszugleichen. Der am Abend des 3. Februar zusammentretenden Plenarsitzung unterbreiteten die Unparteiischen die nachstehenden Vorschläge:

I. Anstelle des § 5 Ziffer 5 Absatz 2 des Tiefbautarifvertrages sowie des § 5 Ziffer 5 Absatz 1 Satz 2 ff des Hochbautarifvertrages und Anhang des § 5 Ziffer 8 a zu diesem Vertrag treten folgende Bestimmungen: Wenn infolge Witterungsverhältnisse, Materialmangels oder nichtvoranschubarer Betriebsstörungen die Arbeit morgens nicht aufgenommen werden kann oder im Laufe des Tages eingestellt werden muß, so wird Feiertag vergütet. Die Vergütung ist dergestalt zu bemessen, daß, wenn über 4 bis zu 6 Stunden gearbeitet wird, eine Vergütung von 2 Stunden zu zahlen ist, wenn über 6 bis zu 8 Stunden gearbeitet worden ist, eine Vergütung von einer Stunde; darüber hinaus entfällt eine besondere Vergütung.

Voraussetzung für die Lohnvergütung ist die Arbeitsbereitschaft oder die Anordnung des Bauleiters, daß für die weitere Tageszeit auf die Bereitschaft verzichtet wird. Arbeitsbereitschaft liegt nicht vor, wenn der Arbeiter nach allgemeiner Erfahrung beim Fortgang aus seiner Befahrung damit rechnen mußte, daß wegen Witterungsverhältnissen (z. B. Regen oder Frost), Materialmangels oder Betriebsstörungen die Arbeit nicht aufgenommen wird.

II. Anstelle des § 7 des Hochbautarifvertrages tritt der § 6 des Tiefbautarifvertrages mit der Abänderung, daß in Ziffer 3 die Worte „unannehmlich mit dem Angehörigenrat und etwa sonstigen Betriebsvertretungen“ gestrichen werden.

III. Die Ziffer V in den Protokollarischen Erklärungen zum Hochbautarifvertrag und die Ziffer VII in den Protokollarischen Erklärungen zum Tiefbautarifvertrag werden erledigt wie folgt:

- a) Für das Gebiet beider Tarifverträge hat jeder Bauarbeiter, der vom 1. Februar 1920 an mindestens 40 Wochen im Hoch- oder Tiefbau gearbeitet hat, auf Ferien Anspruch.
- b) Zu diesem Zweck wird der Lohn um 20 M. pro Stunde erhöht. Diese 20 M. sind vom Arbeitgeber an eine von den 4 Arbeitnehmerorganisationen zu gründende und auf ihre Kosten zu verwaltende Ferienkasse abzuführen.
- c) Die näheren Grundsätze werden von der Ferienkasse selbst getroffen.
- d) Diese Regelung gilt vom 1. Februar 1921 bis zum 31. März 1922.

Am nächsten Verhandlungstage, nachdem inzwischen die Vertreter der Organisationen, und zwar jede für sich, zu den Vorschlägen Stellung genommen hatten, gaben sie, ohne daß vorher noch eine Aussprache über die Vorschläge stattgefunden hatte, ihre Erklärungen ab.

Der Vertreter des Reichsverbandes für das Tiefbaugewerbe erklärte, daß eine endgültige Stellungnahme seiner

Organisation abhängig sei von dem in Aussicht stehenden Gutachten des Reichsarbeitsministers über die Notwendigkeit eines Ausgleichs beider Reichstarifverträge zum Zwecke der Allgemeinverbindlicherklärung. Zu der Ferienfrage könnten sich die Vertreter seines Verbandes nicht äußern, da Verhandlungen über diese zwischen den Vertragskontrahenten nicht stattgefunden, auch von Arbeiterseite nicht angeregt seien. Der Vertreter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe erklärte, daß er sich zu den Vorschlägen I und II nicht äußern wolle. Zu dem Vorschlag III, die Ferienfrage betreffend, bezog er sich zunächst auf die hierzu abgegebene Erklärung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vom 18. Januar dieses Jahres (abgedruckt in Nummer 6 des „Zimmerer“) und führte weiter aus, daß er, bevor nicht der Vertragsbruch der Arbeiter behoben sei, Schritte in der Ferienfrage nicht unternehmen werde. Den Vorschlag selbst werde er dem geschäftsführenden Ausschuss des Bundes unterbreiten. Der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärte, daß die vorgeschlagenen Abänderungen eine Verschlechterung für die dem Reichstarifverträge für das Baugewerbe unterstehenden Arbeiter bedeuten. Seine Organisation werde jedoch die Vorschläge eingehend prüfen. Den gegen seine Organisation erhobenen Vorwurf des Vertragsbruches wegen Abschlußes des Tarifvertrages für das Tiefbaugewerbe weise er entschieden zurück. Es habe beim Abschluß dieses Tarifvertrages nicht die Absicht obgewaltet, etwas anderes zu vereinbaren als im Reichstarifvertrag für das Baugewerbe niedergelegt sei. Die Vertreter der Zimmerer beriefen sich bezüglich der Vorschläge I und II auf ihre bereits früher abgegebenen Erklärungen, wonach sie jede Abänderung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe ablehnen, die eine Verschlechterung für die Zimmerer mit sich bringe. Auf den in der von Herrn Behrens abgegebenen Erklärung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vom 18. Januar dieses Jahres gegen die Arbeiter allgemein gerichteten Vorwurf des Vertragsbruches gaben sie nachstehende Erklärung ab:

Die Vertreter des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands im Haupttarifamt für das Baugewerbe haben von der Erklärung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vom 18. Januar 1921, die Ferienfrage betreffend, Kenntnis genommen. Sie ersehen darin nichts anderes als einen erneuten Versuch, die Durchführung der Ferien im Baugewerbe weiter zu verwickeln.

Die sich aus dem Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ergebende und in jeder Hinsicht klare Rechtslage ist die: Mit Anerkennung und Unterzeichnung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe ist auch die Protokollarische Erklärung V zur Ferienfrage rechtsverbindlich und ihre Erfüllung zwingend geworden.

Der Vorwurf der Verletzung des § 1, 2 des Reichstarifvertrages, der in der Erklärung gegen die Arbeiter erhoben wird und der einen weiteren Grund für den Arbeitgeberbund abgeben muß für die Ablehnung der Gewährung von Ferien, kann den Zentralverband der Zimmerer nicht treffen, da dieser abweichende Bestimmungen mit andern Organisationen nicht vereinbart hat, auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, wenn das seitens der übrigen an dem Reichstarifvertrag beteiligten Arbeiterverbände geschehen ist.

Die Vertreter des Zentralverbandes der Zimmerer müssen daher nach wie vor darauf bestehen, daß das Haupttarifamt für das Baugewerbe in der Ferienfrage gemäß der Protokollarischen Erklärung V und der ganz bestimmten Erklärung der Herren Unparteiischen in der Haupttarifamtssitzung vom 18. Dezember 1920 eine endgültige Entscheidung in dieser Sitzung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe herbeiführt.

Bestrebungen auf einen Ausgleich der verschiedenen Regelungen der Ferienfrage im Hoch- und Tiefbau, der eine Änderung der Bestimmungen des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe bedeuten würde, müssen sie jegliche Unterstützung versagen, da zu einer Änderung des Vertrages nur ein Verbandstag zuständig wäre. Im übrigen verweisen sie noch darauf, daß gerade die durch die Protokollarische Erklärung V gesicherte Regelung der Ferienfrage erst die Anerkennung des Reichstarifvertrages seitens des Verbandstages der Zimmerer ermöglicht hat.

Die Entziehung der ihm aus der Protokollarischen Erklärung V erwachsenden Verpflichtung seitens des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bedeutet aber auch eine flagranten Vertragsverletzung, für deren unabsehbare Folgen die Verantwortung dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe allein zufällt.

Die Parteien wurden verpflichtet, bis 28. Februar zu den Vorschlägen sich endgültig zu erklären.

Für unsern Zentralverband werden zunächst die Verbandsinstanzen zu den Vorschlägen Stellung nehmen.

Ueber die weiteren Verhandlungen der Haupttarifamtssitzung berichten wir in der nächsten Nummer.

### Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im dritten Quartal 1920.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1920 waren 940 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des dritten Quartals 1920 sind 19 Zahlstellen eingetreten, 1 Zahlstelle löste sich auf, 6 Zahlstellen traten zu andern über, 1 Zahlstelle kam zu den westpolnischen Gewerkschaften und 1 Zahlstelle zu Dänemark, so daß am Schlusse des dritten Quartals 1920 950 Zahlstellen gezählt wurden.

Seit dem Jahre 1916 betrug am Schlusse des dritten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1916	640	1918	615
1917	610	1919	897
1920	950		

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1920 88 027. Im Laufe des dritten Quartals betrug der Zugang 8972, der Abgang 8945 Mitglieder. Der Mitgliederbestand war somit am Schlusse des dritten Quartals 1920 88 054. Von den Mitgliedern waren 5411 Lehrlinge. (Die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender.)

Seit dem Jahre 1916 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals:

1916	18 059	1918	19 843
1917	19 116	1919	75 635
1920	88 054		

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1916 im dritten Quartal:

1916	+ 486	1918	+ 127
1917	+ 452	1919	+ 6800
1920	+ 27		

Wie sich in den Einzelstaaten und Landesstellen die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltet, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals 1920 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Einzelstaaten und Landesstellen	1919		1920		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder
Ostpreußen	32	2386	35	2908	+ 3	+ 522
Westpreußen	16	1597	15	1370	- 1	- 227
Brandenburg	102	8061	111	9759	+ 9	+ 1698
Pommern	58	2553	57	2365	- 1	- 188
Posen	12	412	2	350	- 10	- 62
Schlesien	76	7548	83	9446	+ 7	+ 1898
Provinz Sachsen	74	5655	82	7323	+ 8	+ 1668
Schleswig-Holstein	52	2652	47	2699	- 5	+ 47
Hannover	69	3679	78	4311	+ 9	+ 632
Westfalen	22	1608	22	2079	0	+ 471
Hessen-Nassau	16	2431	21	2861	+ 5	+ 430
Rheinland	20	2931	23	3626	+ 3	+ 695
Hohenzollern	1	23	1	29	0	+ 6
Preußen	550	41536	577	49726	+ 27	+ 8190

Einzelstaaten und Landessteile	1919		1920		Von den Mitgl. eingetret. im 3. Quart.	Zu (+) oder Abgang (-)	
	Mitgl.	Wirtsch.	Mitgl.	Wirtsch.		Mitgl.	Wirtsch.
Preußen	550	41536	577	49726	2911	+27	+ 8190
Bayern	65	5402	80	6097	316	+15	+ 695
Rheinpfalz	6	504	6	553	11	—	+ 49
Sachsen	67	11619	63	12806	1144	-4	+ 1187
Württemberg	23	2064	27	2219	77	+4	+ 155
Baden	14	1446	17	1686	63	+3	+ 240
Hessen	11	924	14	1193	62	+3	+ 269
Mecklbg.-Schwerin	51	1730	53	1952	133	+1	+ 222
Sachsen-Weimar	11	1049	13	1330	113	+2	+ 281
Mecklenburg-Strelitz	9	272	9	328	27	—	+ 56
Oldenburg	12	778	9	728	26	-3	+ 50
Braunschweig	13	685	15	878	59	+2	+ 193
Sachsen-Meiningen	11	616	12	646	65	+1	+ 30
Sachsen-Altenburg	8	664	8	741	56	—	+ 72
Sachs.-Coburg-Gotha	6	646	8	779	32	+2	+ 133
Anhalt	11	630	11	774	72	—	+ 114
Schwarzb.-Rudolstadt	7	234	7	282	30	—	+ 48
Schwarzb.-Sondersh.	8	209	4	299	15	+1	+ 90
Waldeck	2	26	1	35	8	-1	+ 9
Neuf. ält. Linie	2	130	2	204	28	—	+ 74
Neuf. jünger. Linie	4	422	4	504	39	—	+ 82
Schaumburg-Lippe	3	75	3	111	8	—	+ 36
Lippe-Deimold	2	51	2	46	2	—	+ 5
Lübeck	1	328	1	442	13	—	+ 114
Bremen	1	771	1	808	4	—	+ 37
Hamburg	4	2759	4	2867	97	—	+ 108
Einzelgahler d. Hauptf.	—	30	—	20	—	—	+ 10
<b>Deutsches Reich insgef.</b>	<b>897</b>	<b>75635</b>	<b>950</b>	<b>88054</b>	<b>5411</b>	<b>+53</b>	<b>+12419</b>

**Finanzgebaren.**  
Die Gesamteinnahme in den Verbandshauptstellen betrug seit 1916 im dritten Quartal:

1916	255 524,42 M.
1917	267 202,72 "
1918	276 254,80 "
1919	1 320 854,24 "
1920	3 722 358,79 "

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus Eintrittsgebühren 5055 M., Zentralfondswochenbeiträgen 2639 118 M., Lokalfondswochenbeiträgen 857 473,90 M. und sonstigen Einnahmen 220 711,89 M.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1916 im dritten Quartal:

1916	69 289,89 M.
1917	72 449,82 "
1918	80 978,77 "
1919	358 046,80 "
1920	806 906,48 "

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1916 im dritten Quartal eingezahlt:

1916	162429	35	—	162429	35
1917	171188	95	—	171188	95
1918	175825	20	—	175825	20
1919	879090	65	—	879090	65
1920	2689902	—	49216	2689118	—

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1916 im dritten Quartal:

1916	65 212,97 M.
1917	80 869,47 "
1918	106 933,52 "
1919	728 507,47 "
1920	2 053 723,22 "

Für Streit- und Gemahregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1916 im dritten Quartal:

Jahr	Streikuntf., Lohnbewegungen, Verhandlungen		Gemahregelunterstützung		Für Agitation		Summa	
	M.	Stk.	M.	Stk.	M.	Stk.	M.	Stk.
1916	456	—	156	—	29134	11	29746	11
1917	239	55	688	90	35135	09	36063	54
1918	2897	—	50	—	41100	96	44047	96
1919	453589	44	908	80	85002	28	539500	52
1920	904866	85	8258	75	172150	15	1085275	25

An Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1916 im dritten Quartal:

Jahr	Erwerbslosenunterstützung				Sterbeunterstützung	Summa		
	für Arbeitslose		für Kranke					
	am Orte	auf der Reise	M.	Stk.			M.	Stk.
1916	1426	25	—	—	—	1426	25	
1917	491	25	—	—	—	491	25	
1918	984	—	—	—	—	984	—	
1919	20494	50	—	—	—	20494	50	
1920	194415	60	—	118799	70	5562	818777	30

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1916 am Schlusse des dritten Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Hauptstellen		In den Hauptstellen verbliebene Hauptkassengelder		Bestand in der Hauptkasse		Summa	
	M.	Stk.	M.	Stk.	M.	Stk.	M.	Stk.
1916	778935	59	8212	25	4277890	33	5065088	17
1917	782744	51	12893	39	4317821	67	5113459	57
1918	845277	70	4545	10	4527819	78	5377642	58
1919	1024811	72	139136	45	4612162	01	5776110	18
1920	1416335	45	308307	94	5358209	15	7082852	54

Die Zunahme des Gesamtvermögens des Verbandes ist im Vergleich zum Mitgliederzuwachs nur gering. Sie beträgt gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres nur 1 306 742,36 M. Die Ausgabe ist um 1 327 215,75 M. höher als im gleichen Quartal des Vorjahres. Für Erwerbslosenunterstützung wurden 287 720,80 M. mehr ausgezahlt, für Streikunterstützung 451 276,91 M. mehr. Die Summe der am Orte verbliebenen Hauptkassengelder ist ziemlich hoch. Die Vorstandsmitglieder müssen darauf achten, daß das Geld alle Monate an die Hauptkasse abgehandelt wird, damit diese Summen aus der Abrechnung fortfallen.

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im dritten Quartal 1920 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1919		1920		Von den Mitgl. eingetret. im 3. Quart.	Zu (+) oder Abgang (-)	
	Mitgl.	Wirtsch.	Mitgl.	Wirtsch.		Mitgl.	Wirtsch.
Über 100 000 Einw.	40	28247	39	30796	1330	+1	+ 2549
20 000 b. 100 000	144	17864	140	20857	1140	-4	+ 2983
5 000 " 20 000	341	18166	342	21439	1753	+1	+ 3273
2 000 " 5 000	251	8432	267	11019	923	+36	+ 3581
unter 2 000 Einw.	121	3896	142	4429	260	+21	+ 1033

**Mitgliederfluktuation in den Einzelstaaten beziehungsweise Landessteilen im dritten Quartal 1920.**

Einzelstaaten beziehungsweise Landessteile	Mitgliederzugang					Mitgliederabgang					Zu andern Organisationsübergetreten	Zusammen		
	Eingetret.	Wieder eingetret.	Aus andern Hauptstellen angemeldet	Restanten, die nachgeholt	Aus andern Organisationsübergetreten	Zusammen	Ausgeschlossen	Ausgetreten	Gestrichen	Gestorben			Abgemeldet	Restanten
Preußen	109	44	72	15	48	288	—	27	108	8	69	107	5	324
Westpreußen	25	19	13	17	32	106	—	26	15	1	49	—	—	166
Brandenburg	297	102	199	22	115	735	—	144	186	17	362	92	19	770
Pommern	87	27	87	2	61	264	1	41	43	6	145	42	1	278
Polen	44	8	187	2	13	254	1	4	—	—	60	—	—	65
Sachsen	617	143	415	92	114	1381	—	152	306	8	492	223	14	1185
Probingsachsen	226	56	254	38	188	707	—	118	72	12	313	136	26	672
Schleswig-Holstein	47	23	159	—	17	246	1	87	11	3	225	39	9	525
Hannover	131	65	181	72	51	510	—	57	54	4	304	58	6	483
Westfalen	104	58	270	19	83	534	—	19	15	4	289	55	8	346
Hessen-Nassau	77	59	79	5	41	261	—	58	33	3	86	30	7	215
Rheinland	159	123	379	50	100	811	4	57	46	5	310	148	1	571
Hohenzollern	1	—	—	—	1	2	—	—	1	—	2	3	—	6
<b>Preußen</b>	<b>1924</b>	<b>727</b>	<b>2805</b>	<b>329</b>	<b>814</b>	<b>6099</b>	<b>7</b>	<b>733</b>	<b>839</b>	<b>71</b>	<b>2672</b>	<b>982</b>	<b>96</b>	<b>5400</b>
Bayern	262	45	20	7	146	480	—	111	47	10	266	172	7	618
Rheinpfalz	3	9	5	—	1	18	—	15	4	1	19	2	—	41
Sachsen	244	77	455	24	122	922	—	172	128	16	622	108	73	1119
Württemberg	37	23	46	2	14	122	—	43	46	3	141	67	6	306
Baden	68	32	112	6	80	248	—	47	50	3	116	44	6	266
Hessen	58	10	41	1	17	127	—	28	2	2	65	18	7	122
Mecklenburg-Schwerin	45	18	116	—	16	195	—	17	6	1	102	16	1	143
Sachsen-Weimar	92	7	68	25	13	205	—	16	30	2	112	6	2	168
Mecklenburg-Strelitz	7	2	19	—	2	30	—	5	—	—	13	8	—	26
Oldenburg	15	6	12	—	4	37	—	6	—	—	36	14	2	60
Braunschweig	13	5	58	1	6	83	—	19	1	1	56	1	2	80
Sachsen-Meiningen	22	2	1	—	4	29	—	11	8	—	10	4	4	37
Sachsen-Altenburg	19	1	6	2	14	42	—	15	8	—	28	3	—	43
Sachsen-Coburg-Gotha	16	—	8	—	12	36	—	15	33	1	27	12	5	93
Anhalt	21	6	15	10	5	57	—	8	6	1	41	1	2	59
Schwarzburg-Rudolstadt	6	—	1	—	1	8	—	1	—	—	6	1	—	14
Schwarzburg-Sondershausen	10	3	14	4	8	34	—	—	1	—	32	6	—	38
Waldeck	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	—	3
Neuf. ä. L.	3	1	—	—	—	4	—	—	—	—	7	2	—	9
Neuf. j. L.	10	4	5	—	3	22	—	7	2	—	11	6	—	26
Schaumburg-Lippe	2	1	—	—	6	9	—	1	—	—	2	—	—	3
Lippe-Deimold	2	—	—	—	1	3	—	—	—	—	6	3	—	9
Lübeck	2	1	—	—	2	5	—	4	3	1	17	2	3	30
Bremen	10	14	—	—	19	43	—	1	1	2	—	8	13	30
Hamburg	25	23	30	21	4	103	—	34	14	4	88	54	1	190
Einzelgahler der Hauptf.	—	—	10	—	—	10	—	—	—	—	10	—	—	10

**Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im dritten Quartal 1920.**

1. Über 100 000 Einwohner	584	365	683	145	332	2109	2	291	359	49	1087	567	124	2499
2. Von 20 000 b. 100 000 Einwohnern	890	282	912	238	331	2653	3	316	305	25	1005	420	32	2106
3. " 5 000 " 20 000	782	211	1016	88	325	2372	—	862	369	18	1509	826	53	2637
4. " 2 000 " 5 000	481	126	491	11	211	1320	2	230	150	17	670	153	18	1245
5. Unter 2 000 Einwohnern	179	33	236	—	60	508	—	107	58	10	216	49	8	448

**Mitgliederfluktuation im dritten Quartal 1920 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.**

1920	2916	1017	3348	432	1259	8972	7	1308	1241	119	4497	1540	235	8945
1919	6254	1961	3485	105	1384	13189	9	1176	887	106	3626	291	294	6389
1918	816	386	925	196	14	2337	—	78	235	57	1486	342	12	2210
1917	1165	626	1420	194	19	3424	—	90	402	67	2072	334	7	2972
1916	1254	537	1401	214	22	3423	—	90	465	49	2805	454	1	3844

### Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkern Frieden errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Bier Jahre haben die Völker Europas unter dem Krigen gefezt. Bierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Krigen zuschieben, dafür büßen.

Ihre Kinder und Kindesinder sollen verkommen und sterben, sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensobiel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Krigen ausmachte, soll im Laufe von 12 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturschätze zum großen Teil genommen und dem man den Absatz der Werte seiner Arbeit nach andern Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Satz und Erbitterung werden sich in die Herzen einfrissen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverständigung gekämpft haben.

#### Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätegenirale.

### Forderungen der baugewerblichen Arbeiterverbände an den Reichstag und die Reichsregierung.

Die am 1. Februar dieses Jahres im Gewerkschaftshaus (Berlin) zur Beratung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versammelten baugewerblichen Gewerkschaften richten an den Reichstag das dringende Ersuchen, ein Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues unberzüglich zu verabschieden, das die Reichsregierung ermächtigt, den Ländern vorzugsweise 1,5 Milliarden Mark gegen spätere Verrechnung zur sofortigen Einleitung der Bautätigkeit zur Verfügung zu stellen, und das den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit offen läßt, Mittel zur Deckung der verlorenen Baukostenaufschüsse in gleicher Höhe bereitzustellen.

Fernerhin ersuchen wir den Reichstag:

1. Die Reichsregierung zu verpflichten, durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffwunders auf dem Verordnungswege zu treffen und zu diesem Zwecke vorbehaltlich späterer Deckung Mittel bis zum Betrage von 500 Millionen Mark zu bewilligen.

2. Der Reichsregierung Mittel im Betrage bis zu 300 Millionen Mark zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Finanzierung des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt.

4. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft vorsieht.

5. Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länder dahin einzuwirken, daß die verlorenen Baukostenaufschüsse in erster Linie dem Bau von Wohnungen im Flachbau mit Gärten für die minderbemittelte Bevölkerung zugeführt werden.

6. Die Reichsregierung zu ersuchen, unter Ausschaltung des bürokratischen Instanzenweges für schleunigste Durchführung des diesjährigen Bauprogramms Sorge zu tragen.

#### Begründung.

Die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit haben in Deutschland eine Höhe erreicht, die die Grenze des Erträglichen übersteigt. Die Verantwortung für diesen, das deutsche Volk schwer bedrückenden Zustand trägt die Reichsregierung, die es verabsäumt hat, durchgreifende Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu treffen. Die baugewerblichen Gewerkschaften haben diesen Zustand kommen sehen und in wiederholten Entschuldigungen die Reichsregierung und den Reichstag zur Bekämpfung der Wohnungsnot gedrängt. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Städte sich nicht zu einer entscheidenden Tat aufraffen, dann erklären sich die Gewerkschaften außerstande, ihre Gefolgschaft in den Dienst einer geordneten Wirtschaft zu stellen und müssen die Verantwortung für den Zusammenbruch der gesamten Bauwirtschaft der Reichsregie-

rung und den hinter ihr stehenden politischen Parteien überlassen. Wir sind der Ansicht, daß die Bereitstellung der Mittel auch nicht mehr um eine Woche verzögert werden darf.

Das deutsche Volk wartet nun schon seit Jahren auf entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Zu diesen Maßnahmen haben sich weder die Reichsregierung, noch die Länder und Gemeinden aufraffen können, obgleich sie wußten, daß das Privatkapital, wie vor dem Krigen, den Wohnungsbau aus eigener Kraft nicht finanzieren kann. Auch der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues kann als hinreichende Maßnahme zur durchgreifenden Bekämpfung der Wohnungsnot nicht betrachtet werden, weil er nur ein einjähriges Provisorium erstrebt und die zukünftige Finanzierung der Neubautätigkeit völlig im Unklaren läßt.

Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Finanzierung des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt. Der Mangel eines fest finanzierten langfristigen Bauprogramms hat dem deutschen Volke bereits unzählige Millionen gekostet. Die periodische, kurzzeitige Belebung der Bautätigkeit gleicht dem Anblasen eines Hochofens auf höchstens 6 Monate. Sie bedingt einen höchst unwirtschaftlichen Leerlauf in dem Produktionsprogramm. Die Baustoffherstellungsbetriebe konnten sich auf einen geregelten Absatz nicht einstellen. Ihre Produktion wurde darum von dem Grundabsatz beherrscht: „Kleiner Absatz, hoher Nutzen“. Der Baustoffwucher fand in dem unsicheren Absatz bei beschränkter Produktion den günstigsten Nährboden. Die Unsicherheit in der Finanzierung der Bauten ließ auch eine rationelle Ausnutzung der Produktionsmittel im Baugewerbe nicht zu. Die Folge war, daß das Bauunternehmertum sich durch unangemessene Aufschläge auf die Geschäftskosten für den Mangel an Beschäftigung schablos hielt. Verlangt doch das organisierte Unternehmertum heute einen Aufschlag von 60 und mehr Prozent auf die Löhne als angemessene Abgeltung der Geschäftskosten. Dieser Satz würde jede neue erstellte Wohnung bei heutigen Preisen mit 10 000 bis 15 000 M belasten. Die mangelhafte Organisation der Bautätigkeit hat in den Kreisen der baugewerblichen Hand- und Kopparbeit eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die die Allgemeinheit direkt und indirekt schwer belastet. Eine Arbeitsfreudigkeit, die eine gesteigerte Arbeitsleistung nach sich ziehen würde, kann im Baugewerbe nicht erreicht werden, solange das Gelingen der Arbeitslosigkeit dem schaffenden Bauarbeiter immer wieder von neuem bedroht. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung schleunigst Maßnahmen einleitet, um eine geordnete Baubedarfswirtschaft zu schaffen. Wir wollen die Reichsregierung nicht im Unklaren darüber lassen, daß eine geordnete Baubedarfswirtschaft die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft voraussetzt. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstage schleunigst einen dahingehenden Gesetzentwurf vorlegt.

Ferner verlangen wir, daß die Reichsregierung verpflichtet wird, den die bisherige Bautätigkeit so schwer belastenden und hemmenden bürokratischen Instanzenweg zu vereinfachen. Wir verlangen, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms nur eine Reichsstelle verantwortlich gemacht wird.

Fernerhin verlangen wir, daß die Reichsregierung zur Bekämpfung des Baustoffwunders verpflichtet wird und daß ihr zu diesem Zwecke hinreichende Mittel zur Organisation gemeinwirtschaftlich tätiger Baustoffbeschaffungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Die in dem letzten Jahre unaufrichtig vorgeschrittene Sanierung und Kartellierung der Baustoffherstellungsbetriebe stellt eine ungeheure Gefahr für die preiswerte Durchführung des Wohnungsbaues dar. Die Reichsregierung hat die Verpflichtung, die von der Allgemeinheit aufgebracht Mittel zum Wohnungsbau vor der Auswucherung des Privatkapitals zu schützen. Wir können uns diesen Schutz nur wirksam denken, wenn die am Wohnungswesen interessierten gemeinnützigen Organe Mittel an die Hand bekommen, die es ihnen ermöglichen, den Einkauf von Baustoffen von langer Hand vorzubereiten und durch Abschluß günstiger Lieferungsverträge so preiswert wie nur möglich, auf den Bauplatz zu bringen.

Fernerhin verlangen wir, daß der Reichsregierung hinreichende Mittel zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen. Wir denken hierbei insbesondere an die Organisation von Betrieben, die es sich zur Aufgabe stellen, kohlen- und ersparende Ersatzbauteile zu fördern, die Material für den Wohnungsbau in den beschäftigungsarmen Jahreszeiten auf Vorrat erstellen, die durch die Beteiligung der baugewerblichen Hand- und Kopparbeit im Produktionsprozeß höhere Arbeitsleistungen erzielen und die es sich zur Aufgabe stellen, in dem Bauproduktionsprozeß Arbeitskraft ersparende Geräte und Geräte einzuführen.

Wir erwarten von dem Reichstag und der Reichsregierung, daß sie sich der Tragweite ihrer Beschlüsse bewußt bleiben. In ihrer Hand liegt heute das Schicksal unzähliger Wohnungsloser und eines Heeres arbeitsloser baugewerblicher Hand- und Kopparbeit, die es satt haben, von Versprechungen zu leben. Das Volk will Taten sehen!

- Berlin, 1. Februar 1921.
Deutscher Bauarbeiterverband.
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen.
Zentralverband der Töpfer.
Zentralverband der Maler, Lackierer, Anstreicher.
Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Bund der technischen Angestellten und Beamten.
Zentralverband der Steinarbeiter.
Zentralverband Christlicher Bauarbeiter.
Fabrikarbeiterverband.
Zentralverband der Dachdecker.
Deutscher Holzarbeiterverband.
Verband der Steinseher.
Deutscher Polierbund.
Verband sozialer Baubetriebe.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

### Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, die zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenthalben aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freiorganisierter Gewerkschafter nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem ADGB und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands, für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und

für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, die ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten ihren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter und Angestelltengewerkschaften zur Durchführung zu bringen,

gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuß und der Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB und des Afa-Bundes. (Folgen Unterschriften.)

### Das Existenzminimum im Januar 1921.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Januar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber höher als von August bis November 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas zehnmal soviel wie vor 7 Jahren, Briten dreizehnmal soviel, Butter vierzehnmal soviel, Zucker fünfzehnmal soviel, Margarine sechzehnmal soviel, Kartoffeln neunzehnmal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Januar 1920 bis Januar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 55 S auf 1,18 M, Kartoffeln von 23 S auf 52 S, Butter von 12,60 M auf 20 M, Zucker von 1,03 M auf 3,80 M. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Januar 1914 bis Januar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den 4 Wochen vom 2. bis zum 30. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Januar 1921	Preis Januar 1914
7600 g Brot	1800	185
600 " Roggmehl	510	17
1000 " Fleisch	2184	180
90 " Butter	360	26
700 " Zucker	582	35
Zusammen	5886	443

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 58,86 M zahlen muß, konnte man vor 7 Jahren für 4,43 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6500 Kalorien, das heißt ungefähr so viel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 ÷ 6500 = 4700 Kalorien

ergänzen müssen. Eine Frau mülte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 M., für eine Frau auf 39 M., für einen Mann auf 54 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,70 M., für eine Frau 2,65 M., für einen Mann 3,52 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 7 Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Januar 1921	Preis Januar 1914
<b>Rationierte Nahrungsmittel</b> .....	<b>1347</b>	<b>111</b>
3000 g Kartoffeln .....	309	16
250 " Graupen .....	145	10
250 " Haferfloeden .....	220	13
125 " Margarine .....	325	20
<b>Zuf. für ein sechs- bis zehn- J. Kind</b> ...	<b>2346</b>	<b>170</b>
1500 g Kartoffeln .....	155	8
250 " Roggenmehl .....	260	7
520 " Haferfloeden .....	220	13
2500 " Gemüse .....	350	25
500 " Speisebohnen .....	285	22
125 " Margarine .....	325	20
<b>Zusammen für eine Frau</b> ...	<b>3941</b>	<b>265</b>
2000 g Gemüse .....	280	20
250 " Erbsen .....	175	10
125 " Margarine .....	325	20
500 " Reis .....	500	22
250 " Marmelade .....	225	15
<b>Zusammen für einen Mann</b> ...	<b>5446</b>	<b>352</b>

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brennstoff und für Beleuchtung 6 cbm Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 15,20 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 7,50 M. (78 S.).

Für Bekleidung? das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 M. (85 S.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereiarbeit, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 (1913/14 1/4) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung .....	54,—	94,—	141,—
Wohnung .....	9,—	9,—	9,—
Heizung, Beleuchtung .....	23,—	23,—	23,—
Bekleidung .....	30,—	50,—	70,—
Sonstiges .....	39,—	58,—	80,—
Januar 1921 .....	155,—	234,—	323,—
Dezember 1920 .....	158,—	238,—	330,—
Januar 1920 .....	114,—	167,—	220,—
Aug. 1913/Juni 1914 .....	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate des Jahres 1920 vergleiche mein Buch „Das Existenzminimum und verwandte Fragen“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, Seite 123 bis 126.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1921 für einen alleinlebenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 39 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 54 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8100 M., für das kinderlose Ehepaar 12200 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16850 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Januar 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 M. auf 155 M., das heißt auf das 9,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 234 M., das heißt auf das 10,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 323 M., das heißt auf das 11,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 10 3 wert.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Raffengeschäftliches.

##### Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Januar gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Machen 4284,50 M., Malen 825, Ahlen i. W. 673,05, Ahrensböck 1306,20, Alfen 229,65, Alfeld 517,20, Allenstein 564,80, Alstedt 1238,50, Alsteden 215,20, Altenburg 1800, Altheide 1563,40, Amberg 939,45, Angerburg 714, Angermünde 767,40, Anklam 985,70, Annaberg-Buchholz 1248,62, Annaburg 73,10, Ansbach 742,20, Apolda 2531,70, Arnstadt 2854,80, Artern 573,40, Arzberg 127, Aschaffenburg 1014,75, Aschersleben 5588,55, Aue 1462,75, Augsburg 6966,50, Auma 884,25, Baden-Baden 1328,20, Bad Mülling 851,20, Bad Nibra 658,60, Bad Salzungen 1807,80, Bad Nellingen 599,80, Bad Rösen 600, Bad Orb 766,70, Bad Oeynhausen 1326,10, Bad Reichenhall 708,70, Bad Sachsa 732,20, Bad Schönlitz 459,40, Bad Tölz 940,80, Bad Wildungen 147,30, Bagn 820,20, Ballenstedt 883,70, Bamberg 1496,20, Barmen-Eberfeld 5406, Barmstedt 251,40, Barnstorf 709,70, Bartenstein 400, Barth i. Pomm. 1153,30, Bärwalde 794,70, Bautzen 2650, Bayreuth 774,90, Beeskow 708,80, Behndorf 82,20, Belgern 623,55, Belgig 206, Bensheim

i. Hessen 1246,60, Berchtesgaden 715,70, Bergen b. Celle 230,40, Berlin 13179,69, Berlinchen 662,85, Bernburg 1727,20, Berne 512,65, Bernsd. i. Oberf. 258,40, Bernsee 569,10, Bernstadt 646,70, Beuthen a. d. O. 1926,80, Beuten 912,90, Bielenfeld 2121,85, Bielefeld 289, Bismark 630,70, Bitterfeld 7045,71, Blankenburg a. S. 1018, Bledsee 881,90, Bochum 3727,05, Bockenheim 327,60, Boizenburg 2569,25, Bollenhain 550,20, Borna i. S. 1000, Brate i. Odbg. 661,35, Bramsche 564,10, Brandenburg 1505, Brandis i. S. 162,30, Braunsberg 511,80, Braunschweig 2100, Bremen 11566,60, Bremerförde 695,40, Breslau 13900,05, Brieg 1998,80, Bruchmühle 198, Brück i. d. Mark 566,35, Brunsbüttel 1500, Brunsbüttel 433, Brückeburg 628,20, Buchow 438,05, Bullenhausen 150, Bunzlau 4049,80, Buraun Rauscha 1206,25, Burg b. W. 2822,30, Bürgel i. Thür. 309,60, Burgdorf 884,90, Burghausen 3818,80, Burgstädt 428,20, Bürgow 193,70, Buxtehude 416, Calau 657, Calbe 949,65, Calefeld 1085,65, Calm i. W. 80, Caminchen 247,20, Caffel 9063,80, Celle 1036,80, Chemnitz 11020, Coblenz 7193,60, Colbitz 708,80, Colbitz 973,10, Cöln 3577,65, Coswig 787,80, Cöthen 2582,75, Cottbus 865,35, Crailsheim 464,25, Crumfeld 899,70, Crefeld 3399,90, Crimmitschau 2535,60, Crivitz 361,10, Crossen 1700, Cüstrin 996,60, Daber 390,45, Dahleburg 203,10, Dahme 567,90, Dannenberg 218, Dargun 268,05, Darlehmen 366,80, Darmstadt 2550,85, Dedebach 382,05, Deggendorf 1115,20, Degow 269,20, Delitzsch 1230,10, Delmenhorst 1602,95, Demmin 956,50, Derenburg 424,80, Dessau 3583,30, Detmold 721,10, Deutsch-Krone 627,25, Deutsch-Wilfa 2246,30, Diepholz 282,90, Dillingen 134,30, Dinkelsbühl 305, Doberan 569,80, Dömitz 796,50, Dömitz 1112,75, Dortmund 10969,15, Driesen 1208,90, Drochtersen 1309,90, Drosbig 1112,20, Düren 1010,55, Duisburg 12500, Düsseldorf 8794,50, Ebdingen 317, Eckernförde 1863,40, Eggenfurt 938, Eggenfelden 753,30, Eickstädt 339,80, Eilenburg 1117,90, Einbeck 1432, Eitenach 4651,20, Eisenberg 1142,10, Eisleben 1785,40, Eising 288, Elsterwerder 1271,60, Elbershausen 687,50, Emden 7512,40, Erding 1535,10, Erfurt 3025,20, Erfner 532,60, Escherhagen 195, Essen a. d. R. 346,94, Eutin 1162,10, Eythrup 123,60, Falkenberg 558,70, Fallersleben 224,80, Fellenberg i. M. 416,55, Fiedrichow 290, Fienburg 2340,30, Fohn i. d. L. 2310,70, Förfte a. F. 1417,10, Frankenberg i. S. 1212,90, Frankenhäuser 390,40, Frankenlein 814,14, Frankenthal 213,95, Frankfurt a. M. 20277,50, Frankfurt a. d. O. 2152,78, Freiburg i. B. 5612,30, Freiburg i. Schl. 879,80, Freudenwalde a. d. O. 157,70, Freudenwalde i. Pomm. 782,90, Freytag i. Schl. 324,30, Friedland i. M. 1446,40, Friedland i. Ostpr. 622,40, Friedrichshafen 388,90, Fulda 939,95, Fürstberg i. M. 716,70, Fürstwalde 1495,80, Gadebusch 600,10, Gadelegen 689,85, Garz a. d. Oder 111,35, Garz a. Rügen 65,20, Gehren 376,25, Geisingen 847,60, Geithain 337,25, Gelsenkirchen 3000, Genthin 492,75, Geis 3924,20, Gerbuden 1094,30, Gerwalde 466,40, Gielow i. M. 432,60, Gießen 1267,15, Glatz 2330,50, Glauberg 102,40, Glauchau 13,25, Glogau 1523,95, Gölitz 892,70, Gmund 181,20, Gnoien 311,80, Goldap 824,20, Goldberg i. M. 669,55, Goldberg i. Schl. 1093,90, Gommern 1091,10, Göttingen 2427,20, Görlitz 1197,85, Goslar 1137,90, Gottha 2500, Göttingen 2093, Grabow 196,50, Grafenau 410,10, Gräfenhainichen 1681,55, Gräfenhainichen 497,05, Gramzow i. d. Uderm. 1781,80, Greifenhagen i. P. 286,20, Greifenhagen 64,75, Greifswald 1472,30, Greif 1640,40, Grimma i. S. 500, Grimmen i. P. 322, Grotzsch-Pegau 2042,80, Großbodungen 1849,40, Groß-Bütteln 464,20, Großhain 2200, Groß-Neudorf 303,30, Groß-Wartenberg 484,30, Groß-Wolam 448,95, Groß-Zimmern 2966,80, Grünberg i. Schl. 3074,10, Guben 1920,45, Gubraun 1248,80, Gummersbach 153,60, Gunzenhausen 269,70, Gütten i. Anb. 1450,45, Güstrow 731,10, Gütersloh 403,20, Gabelschwert 721,05, Hagen i. W. 478,25, Hagenow 667,05, Halberstadt 5421,90, Halle 2500, Hamburg 25008,95, Hameln 1366,75, Hamm i. W. 2943,55, Hannover 4441,20, Hann.-Münden 1496,50, Harfeld 137,10, Hattenbach 209,20, Hattungen 634,95, Hausham 520,40, Haynau 1519,50, Heide 360, Heidenheim 1191,15, Heilbronn 2359,30, Heiligenbeil 590,60, Heilbrunn 705,90, Helgoland 1758,50, Helmbrecht 917,80, Helmstedt 1619,85, Hennigsdorf 546,40, Herford 883,70, Hermannsburg 433,20, Hermsdorf 400, Herne i. W. 334,15, Hersfeld 662,60, Herzberg 238,80, Hettstedt 630,80, Hildesheim 3060,20, Hirschberg a. d. S. 1590,10, Hirschberg in Schlesien 2551,60, Hohenmölsen 2167,40, Holzhausen 722,60, Holzhausen 248,40, Holzmann 893,65, Homburg 479,10, Hornburg 1273,65, Hötensleben 238,80, Humsfeld 901,45, Hufum 989,40, Jarmen 766,10, Jauer 1026,50, Jänslein 1170,05, Jechitz 1125,80, Jilmann 441,60, Jochberg 406,80, Jommern 3319,20, Jüngelstadt 974,95, Joachimsthal 775,30, Johannsburg 1349,80, Jerschlag 1915, Jüterbog 744, Kahla 3729,50, Kauferslautern 2304, Kallberge 418,40, Kamenz 3728,25, Kalkruhe 4091,15, Kattowitz 7500, Kaufbeuren 406,60, Kehl 701,05, Kehlra 988,40, Kempfen 1087,80, Kehn 578, Kiel 19678,90, Kirchhain i. d. R.-L. 1584,40, Kitzingen 678,65, Klingenthal i. S. 443,70, Köben 677,70, Königslutter 864,95, Königslutter 1280,40, Königshütte 2721,70, Königslutter 864,95, Königswinterhausen 1945,75, Konstadt 414,15, Konitz 1388,70, Körlin 445,95, Köslin 1654,90, Kosenau 931,60, Krafow 131,10, Kranichfeld 259,05, Kronach 231,85, Krüppel 470,80, Kumbach 1560,30, Kyritz 608,20, Kyßen 205,65, Laage 299,25, Labiau 1239,40, Lamspringe 865,60, Landau a. d. J. 126,70, Landau in der Pfalz 804,40, Landeshut i. Schl. 980,30, Landsberg a. L. 2, Landsberg a. d. W. 1449,85, Landshut i. Bay. 774, Langelsheim 996,60, Langenbielau 1744,10, Langensöls 908,60, Langensalza 372, Lassa i. P. 439,40, Lauban 1118,20, Lauenburg a. d. E. 698,60, Lauenburg i. P. 867, Lauf i. Bay. 584,90, Lauf 933,50, Laufitz 634,70, Lauterbach 3144,55, Leer 888,40, Leys-Seelemtünde 1272,95, Lehefen 129,60, Leisnig 166,60, Lengenfeld 604,85, Leobschütz 530,90, Leutkirch 596,80, Lefse 538, Lichtenfels 392,80, Liebenburg 393,40, Liebenwalde 692,90, Liebenwerda 683,65, Liegnitz 108,75, Lindau i. Bay. 1305, Lindenberg 614,80, Lindow 490,10, Lippelne 981,90, Loitz i. Pommern 230,20, Lörrach 1752,45, Löben 1056,75, Löbenberg 729, Lübbecke 369,65, Lübdenau 100, Lübeck 4184, Lüben 608,35, Lübz i. Pomm. 185, Lübbchen i. M. 600,40, Lübb in Mecklenburg 503,60, Luda 898,30, Lutzenwalde 1900, Lüben-scheid 1483,65, Ludwigschafen 7000, Ludwigslust 594,45, Lüneburg 2760,10, Lützenburg 639,10, Lützen 2755,05, Lychen 760, Lebus 252,80, Magdeburg 5449,35, Mainz 340,30, Mainz 5000, Malchow 685,45, Maldeuten 1337, Mannheim 10922,99, Marggrabowa 692,80, Marienburg 1941,70, Marienwalde 296,40, Marienwerder 672,80, Marktredwitz 801,20, Meerane 1285,70, Meiningen 2502,45, Mellendorf 187,60, Memmingen 1263,80, Merseburg 2966,63, Meseritz 774,

Meuselwitz 2619,95, Meyenburg 175,40, Miesbach 247,95, Müritsch 2533,40, Minden 2803,40, Miram 435,40, Mischern 630,60, Mohrungen 400, Mülin 777,70, Moosburg 526,20, Müritzenberg 3702, Mügeln 418,68, Mühl'orf i. Bayern 4119, Mühlhausen i. Th. 8600,70, Mühlheim a. Rh. 584,30, Müllrose 229,20, Müllchen 4961, München-Grabbach 2000, Munster i. Hannover 268,80, Münsterberg 1754,70, Mustau 2227, Nagold 492,80, Nauen 1881,80, Naugard i. Pomm. 414,40, Naumburg 4180,35, Neheim 476,70, Neidenburg 1384,40, Neisse 2378,45, Nerchau-Trieben 295, Neubrandenburg 856, Neudamm 1203,10, Neugersdorf 1422,50, Neuhaldensleben 1133, Neuhäus a. d. E. 300, Neumarkt a. d. Rott 782,10, Neumarkt i. Schl. 1072,20, Neumünster 1657,15, Neurode 216,20, Neuruppin 1804,45, Neusalz 1985,15, Neustadt i. S. 580,20, Neustadt i. M. 665,55, Neustadt a. d. O. 195,70, Neustrelitz 820,80, Neuwedel 333, Neuwied 1049,46, Neuzelle 744, Niemege 695,80, Nienburg a. d. S. 350, Nienburg a. d. W. 1255,40, Nimschütz 531,30, Norden 428,45, Nordenham 2444,70, Norderne 287,80, Nordgermerleben 298,70, Nordhausen 2441,80, Nördlingen 162,90, Northeim 422,90, Nossen 1000, Nünberg 9747,85, Ober-Niedeneufritz 58,75, Obernigt 200, Oderberg 650,70, Offenbach 516,50, Ohlau 822, Olbernhau 2,80, Oldenburg 3700,85, Oppeln 4635, Oranienburg 1188,40, Ostsch 809, Ocherleben 298, Osnabrück 1817,80, Osterburg 1237,35, Osterode 1064, Osterwieck 883,30, Otterndorf 373,80, Parchim 948,55, Parchwitz 407,35, Paretz 1156,85, Paretz 110,80, Paffau 3154,50, Palschau 874,70, Peine 137,40, Peinerwitz 751,55, Peitz 639,70, Penig 848,15, Penzig 1042,30, Penzlin 1245,75, Perleberg 2179,25, Pfaffenhofen 307,50, Pillkallen 500, Pinneberg 1550,40, Plathe 1491,80, Plau i. M. 825, Plön 816,40, Polzin 659, Pöthen 1056,60, Prenzlau 435,80, Priesitz 512,25, Pr.-Gplau 518,80, Prien in Bayern 362,60, Prützau 1378,80, Putz 266,80, Querfurt 1599,50, Radolfsell 1074,60, Radhen 511,10, Rathenow 3875,30, Ratibor 621,40, Ravensburg 529,60, Reetz i. Pomm. 276,30, Regensburg 3000, Regenwalde 1582,65, Regis 1018,60, Rehe 674,20, Rehfah 190,15, Reichenbach i. Schl. 1380,78, Reichenbach i. W. 1760, Reichenbach 1427,20, Reichenstein 1291, Reibitz 407, Reinfeld 774,85, Reinfeld 1015,50, Reinsburg 5026,65, Reppen 332,80, Reulingen 2222,70, Reine i. W. 150, Reinsberg i. d. M. 246,50, Ribnitz 1050, Richtenberg 318,90, Riesa 7169,80, Riesenburg 1134,60, Rimbach 22,10, Rißel 337,55, Rochitz 219,40, Roda 206,80, Röhrda 784,95, Ronneburg 616,30, Rosenheim i. B. 1845,90, Rößel i. Ostpr. 405,55, Roslau 1272,40, Rosleben 1196,80, Roswein 635,65, Rotenburg i. Hann. 720,75, Roth a. Sand 157,80, Rötha 462,25, Rothemühl 194,40, Rothenburg a. d. E. 337,10, Rottach 450,90, Rudolstadt 1966,80, Rügenwalde 367,35, Saalfeld i. Ostpr. 444,25, Saalfeld a. d. S. 2365,70, Saarau 1451,70, Saarbrücken 9000, Sachsenhagen 245,10, Salzhäufen 368,15, Salzkufen 622,60, Salzingen 1756,20, Saalwedel 665,90, Sand 1462,90, Sarnitz 874,60, Satow 267,95, Seehausen i. d. Altmark 532,35, Seehausen Kr. Wanzleben 957,40, Seelow 524,90, Seesen 1442,45, Seib 934,60, Senftenberg 14445,51, Sensburg 679, Siegen i. W. 2461,60, Sigmaringen —80, Singen 1802,40, Sittenroda 444,60, Solingen 1671, Soldin 595,40, Soltau 1160,80, Sommerfeld 1526,90, Sondershausen 2290,50, Sonneberg i. Th. 1809,65, Sorau 1000, Spandau 1511, Speier 1829,95, Spremberg 4734,70, Springe 1301, Suhl 1575,45, Sulingen 168,80, Schenklengsfeld 864,35, Schivelbein 988,60, Schieditz 3860,50, Schladen 982,40, Schlawe 651,10, Schlei 534,35, Schlew-lingen 200, Schliß 875,05, Schlotheim 127,65, Schmiedeberg 279,90, Schmolln 672,70, Schneidemühl 5028,90, Schönau 1761,60, Schöneberg 844,20, Schönberg i. M. 751,90, Schongau 409, Schönlanke 394,70, Schöningen 1144, Schopshaus 851,40, Schwaan 446, Schwandorf 1545, Schwarzbach 781,20, Schwarzenberg 688,30, Schwarzenberg 2000, Schweidnitz a. d. Oder 191,20, Schweidnitz 2649,70, Schwennungen 156, Schwerin 640, Schwiebus 1629,50, Stade 540,80, Stadthagen 809,10, Stadtländchen 949,85, Stalupönen 2628,40, Stargard i. M. 1213,95, Stargard i. Pomm. 3029,80, Starnberg 835,80, Staßfurt 4300,60, Stavenhagen 1587,30, Steinach 387,60, Steinbergen 681,80, Stendal 1199,90, Sternberg i. M. 879,30, Stettin 3000, Stolp i. Pomm. 3126,60, Stolzenau 345,20, Strassburg i. d. N. 610,70, Straubing 1842,70, Straußberg 620, Strehla a. d. E. 617,80, Strehlen 1377,90, Striegau 952,70, Stuhm 473,40, Stuttgart 9000, Süßberg 650,70, Talsingen 95,50, Tangerhütte 250,80, Tangermünde 982,90, Tetta 836,05, Teterow 1169,05, Tiefenort 499,70, Tilsit 500, Timmerode 684,70, Tönning 1172,45, Torgau 1154, Torgelow 319,20, Trachenberg 944,45, Traunstein 1653, Trebbin 662,30, Trebnitz 1829,40, Treprow a. d. R. 877,10, Treuenbriehen 464, Trier 2849,60, Trittau 126,20, Tübingen 451,45, Tutzingen 808,50, Twistungen 169,20, Tann in der Rhön 312,70, Ueberlingen 172, Uckermark 629,90, Uelzen 2576,60, Uetersen 1259,90, Uetze 947,90, Ulm 5491,30, Ulfingen 586,15, Ular 146,40, Ucha 1539,55, Varel 712,90, Velbert 814,80, Vellten 1290,90, Verden 885,75, Viereburg 677,50, Villingen 1764,80, Visselhövede 353, Vörsfelde 342, Waldenburg i. Schl. 18000, Waldbühel i. Baden 1841,40, Waldendorf 1516,80, Walzrode 1091,40, Wangen 277,65, Wanne i. W. 1140,75, Wangleben 564,60, Warin 657,55, Warnemünde 239,30, Wasserburg 1655, Wedel 304,65, Weferslingen 905,60, Wehlau i. Ostpr. 715,05, Weida i. Th. 620,20, Weiden 392,60, Weilburg 616,60, Weilheim 499,80, Weimar 3028,60, Weisenburg 577,90, Weisenfels 500, Weiswasser 1511,10, Werdau 2779,70, Werder 1113,50, Werneuchen 35,05, Wernigerode 356,15, Westerland 139,80, Wetter 257,50, Wehlar 899,20, Wiersbinnen 814,40, Wiesbaden 7577,20, Wilhelmshaven 2886,80, Wismar 1192,60, Wittgen 2913,95, Wittenberg Bez. Halle 1200, Wittenburg i. M. 1036,60, Witzgenhausen 541,75, Wohlau 767,05, Woldenberg 363,80, Wolfenbüttel 1213, Wolfenhausen 293,80, Wolfen 1308,80, Worms 1539,20, Würzburg 1471,90, Wurzen 1708,80, Wusterhausen 733,45, Zäckeritz 390,20, Zarentin 478,65, Zeitz 3313,90, Zelle-Mehlis 1140,50, Zellin 322,70, Zerbst 1297,20, Zeulenroda 1468, Ziegenhals 282,10, Ziebingen 885,30, Ziegenrück 580,90, Ziegenitz 975,40, Ziesar 196,30, Zittau 3030,30, Zöbzig 638,10, Zoffen 2065,75, Züllichau 152,55, Zwenkau 649,70, Zwickau 2894,35, Zwönitz 788,40, Einzeljahrl der Hauptkaffe 215,80, Zinsen: 119824,56, Diverfes: 1667,71.

An diversen der Hauptkaffe in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Malen 125,40 M., Alstedt 90, Annaberg-Buchholz 500,20, Barmen 208, Barth 861,50, Bergedorf 100, Berlin 8657, Brandenburg 46, Bremen 5576,10, Breslau 4428,90, Brieg 1152,60,

Budow 224,75, Bunzlau 90, Calesfeld 951, Cassel 4635,50, Chemnitz 25 792,50, Görlitz 151,50, Göttsbus 45, Hagen 249,60, Danzig 4403,50, Darmstadt 666,50, Deulich-Krone 512,50, Deutsch-Lissa 299,60, Dortmund 1819,50, Dresden 20224,70, Dursburg 8203,20, Ebershausen 81, Emden 512, Ernst 291,60, Essen 1822,40, Frankenstein 112,26, Frankfurt a. M. 10662, Frankfurt a. d. O. 100, Freiburg i. B. 139,98, Freising 1087,10, Friedrichshagen 62, Hirschenwalde 78,40, Hitzsch a. R. 61,50, Hirschbach 100, Hirschhainichen 618,50, Grimma 20,40, Großh.-Pegau 549, Gr.-Wartenberg 116,10, Gütten 129,20, Halle 7058,85, Hannover 17332,25, Hannover 5247,40, Herne 82,50, Jarmen 54,60, Kaiserlautern 280, Kattowitz 4010, Reympten 100, Regin 45, Kiel 1781,50, Kalberg 549, Königsberg i. Pr. 3107,60, Landau i. d. Pfalz 52,80, Landsberg a. V. 390, Landsberg a. d. W. 100, Lehe-Geestemünde 5230,75, Leipzig 25 744, Lengsfeld 107,80, Löbnitz 476,50, Lucka 124,30, Luckenwalde 85, Magdeburg 1822,50, Mannheim 5473,50, Memel 222,90, Memmingen 510,50, Merseburg 4961,40, Müllisch 508,75, Müllweida 42, Müllenberg 44, München 9628, Münster i. W. 1000, Nauen 418, Neufalz 393,60, Neuwied a. d. O. 183,95, Niesitz 200, Nürnberg 5477,95, Obermarschacht 78, Ohlau 1232,55, Oldenburg 44, Oldenburg 2242, Oranienburg 632,50, Peine 2360, Pritz 68, Plauen 8825,60, Polzin 576, Prenzlau 116, Prignitz 54, Quakenbrück 16,70, Riesa 87,10, Roda 1244,60, Roßdorf 211,50, Saarbrücken 50, Senftenberg 7830,45, Sigmund 32, Sohland 148,50, Spandau 176, Scheußitz 242, Schmalkalden 521, Schneidemühl 200, Schwarzenberg 571,70, Schweidnitz 29,40, Stettin 4904,50, Stollberg 1098,10, Straßburg 39,60, Stuttgart 4707,50, Tangermünde 81, Tilsit 502,20, Torgau 150, Tribitz 180,85, Tripsdringen 48,60, Welsch 360, Waldenburg i. Schl. 1641,10, Weimar 268,70, Werder 28,50, Wernigerode 2116,45, Wetter 105, Wiesdorf 87,60, Wittlingen 54,98, Witzhausen 74,25, Worms 830,50, Würzen 122, Zeulenroda 428, Zittau 5274,60, Zwenkau 491,50, Zwickau 2231,20.

Vorschläge zum Zwecke der Auszahlung von Erwerbslosen- und Reiseunterstützung haben folgende Zahlstellen im Januar erhalten: Malen 500 M., Ahrensburg 500, Annaberg 4000, Aue 600, Baden-Baden 300, Bahn 300, Bartheide 500, Bergen a. R. 500, Bernau 1500, Bramstedt 1400, Brieg 1500, Burgstädt 2000, Chemnitz 6000, Christburg 300, Dahlen 500, Deutsch-Lissa 1000, Dießen 1000, Doberan 500, Elbing 4000, Falkenstein 500, Freiling 800, Freudenstadt 700, Freyhan 1500, Geringswalde 800, Goldberg i. Schl. 500, Grimma 2000, Groß-Wartenberg 2000, Gumbinnen 3000, Hagenu 1000, Hainichen 600, Helmbrechts 500, Jarmen 900, Jöhoe 1000, Klingenthal 1500, Kötz 250, Kötz 500, Kolberg 1000, Köslitz 400, Köslitz 1000, Laage 200, Lahn i. Schl. 700, Langensalza 1200, Löbnitz 1500, Malchin 600, Marklissa 500, Marne 400, Meuselbach 1000, Müllisch 1000, Neiderburg 400, Neufalen 500, Neufellin 1000, Nossen 1500, Oehringen 200, Oelsnitz 1000, Orlitzburg 2000, Osterode 500, Regensburg 150, Rehof 500, Reimel 500, Riesa 300, Sulzingen 100, Schuppenbeil 500, Schlawa 300, Schlotheim 300, Schmölln 500, Schönheide 400, Schwabach 300, Schwarzenbach 400, Schwarzenberg 700, Schwerin 1000, Stralsund 1000, Trebbin 500, Treprow a. d. R. 800, Uedermünde 800, Zwenkau 500, Zwönitz 200.

NB. Ueber die eingegangenen Erwerbslosenquittungen erfolgt die Bestätigung in der nächsten Nummer dieses Blattes. Adolf Römer, Kassierer.

**Unsere Lohnbewegungen.**

Gestreift wird in Lambach. Gesperrt sind in Broitstedt-Lengede das Erzwerk, in Deutsch-Lissa die Arbeiter der Schlesischen Stieblungs-Gesellschaft (Goldschmieden) sowie das Geschäft von Gräbert (Nimptau), in Gießen die Firma Gesellschaft für Beton- und Eisenbetonbau, in Mannheim die Firma Brurein, in Minden i. W. die Firma Vereinigte Portland-Zementfabriken „Porta Westfalica“, in Rimbach i. Odenwald das Geschäft von P. Schent,

Bezirkslohnamt für den Freistaat Sachsen. Zwischen den beteiligten Organisationen sind am 31. Januar Vereinbarungen über das Bezirkslohnamt für den Freistaat Sachsen mit den Tarifgebieten Ost- und Westsachsen getroffen und zugleich ist die Geschäftsordnung festgesetzt worden. Das Bezirkslohnamt hat seinen Sitz in Dresden; es besteht aus 5 Unparteiischen. Als geschäftsführender Unparteiischer ist Regierungsrat Dr. Meißner ernannt, und zwar für die Dauer der Tarifverträge. Die übrigen 4 Unparteiischen werden von Fall zu Fall zur Hälfte von den Arbeitgeber-, zur Hälfte von den Arbeiterorganisationen bestimmt.

Differenzen in Rachtstedt bei Mieserleben. Anlässlich der Entlassung eines Kameraden von der Firma Wapß & Freitag auf der Grube „Konfordia“ kam es am 26. Januar zur Arbeits Einstellung. Am 31. Januar konnten die Differenzen beigelegt werden, so daß am 1. Februar die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Verhandlungen in Barmen-Oberfeld fanden am 26. Januar mit dem Schutzverband der bergischen baugewerblichen Betriebe statt. Gegenstand der Verhandlungen war eine Lohnforderung auf Grund des § 5 Absatz 4 des Tarifvertrages. Die Vertreter des Schutzverbandes lehnten eine Lohnherhöhung ab, erklärten sich aber damit einverstanden, daß am 31. Januar vor dem Bezirkslohnamt Götlin weiterverhandelt werde. Eine Einigung kam auch vor dem Lohnamt nicht zustande. Die Unparteiischen fällten einen Schiedspruch, wonach mit Beginn der laufenden Woche eine Lohnherhöhung von 40 Pf. pro Stunde eintritt. Die Parteivertreter erklärten, ihren Mandatgebern den Schiedspruch zu unterbreiten. Ueber Annahme oder Ablehnung haben sie bis 8. Februar an den Vorsitzenden des Lohnamts zu berichten.

Forderungen und Verhandlungen in Glückstadt in Holstein. Wegen einer Lohnforderung von 1 M. die Stunde fanden zunächst Verhandlungen zwischen den Parteien statt, sie führten jedoch zu keinem Ergebnis. Das Arbeitsamt, dem sich hierauf beide Parteien stellten, entschied dahin, daß der

Stundenlohn um 50 Pf. zu erhöhen sei. Die Unternehmer lehnten diesen Spruch ab. Der staatliche Schlichtungsausschuß in Jöhoe, der sich nunmehr mit der Angelegenheit befaßte, lehnte es ab, einen Spruch zu fällen und empfahl den Parteien die Lohnfrage zurückzustellen, bis das Bezirkslohnamt für Schleswig-Holstein errichtet ist.

Die Vereinbarung für Götlin, durch die die angeordnete Ausperrung verhütet wurde, ist im Verammlungsbericht aus Götlin in der vorliegenden Nummer enthalten, nicht in Nr. 6, wie versehentlich in der Lohnbewegungsnotiz in der vorigen Nummer angezeigt war.

Lohnbewegungen im Gau 6 (Ostfachsen, Niederlausitz und Niederschlesien). Auf Grund der in den letzten 3 Monaten des verfloffenen Jahres eingetretenen Preissteigerungen stellten unsere Mitglieder in allen Zahlstellen Forderungen auf Lohnherhöhung beziehungsweise auf Zahlung einer Teuerungszulage. Diese Forderungen stützten sich auf den § 5 Absatz 4 des Reichstarifvertrages.

In jüta 15 Verhandlungen, die teils bezirklich, teils örtlich geführt wurden, sind für die nachfolgenden Zahlstellen folgende Zulagen erreicht worden:

Zahlstelle	Zulage pro Stb.	Stundenlohn	Werkzeugzulage
Bauzen	40	10. 12. 20	6,05
Bunzlau	27	2. 1. 21	4,45
Bureau-Kauscha	39	2. 1. 21	5,23
Cottbus	30	30. 10. 20	5,65
Dresden	60	10. 12. 20	6,70
Eißenwerda	30	2. 1. 21	5,80
Forst	15	30. 12. 20	5,65
Freiberg	40	10. 12. 20	6,05
Friedeberg	30	3. 1. 21	4,32
Görlitz	40	24. 12. 20	5,35
Großhain	50	10. 12. 20	5,70
Hagenu	37	10. 12. 20	4,55
Kamenz	30	10. 12. 20	5,70
Kirchhain	20	22. 9. 20	4,40
Lahn	30	3. 1. 21	4,32
Langensalza	38	15. 1. 21	4,40
Leubau	37	15. 1. 21	4,55
Leubenwerda	30	17. 11. 20	4,70
Löbau	30	10. 12. 20	5,70
Löwenberg	30	2. 1. 21	4,38
Marklissa	38	15. 1. 21	4,40
Müdenberg	30	13. 12. 20	5,80
Mühlberg	30	17. 11. 20	5,—
Mustau	45	24. 12. 20	5,65
Neugräßdorf	40	10. 12. 20	6,05
Niesitz	39	24. 12. 20	5,23
Nossen	30	10. 12. 20	5,70
Oberneukirch	30	10. 12. 20	5,70
Peitz	30	2. 1. 21	5,10
Penzig	39	24. 12. 20	5,23
Riesa	40	24. 12. 20	6,05
Sagan	22	7. 1. 21	4,62
Seidenberg	38	15. 1. 21	4,40
Senftenberg	30	13. 12. 20	5,80
Finsternwalde	20	13. 12. 20	5,50
Sohland	30	10. 12. 20	5,70
Sommersfeld	25	30. 12. 20	4,75
Sorau	25	13. 1. 21	4,75
Spremberg	10	30. 12. 20	5,65
Sprottau	—	—	4,40
Triebel	15	30. 12. 20	5,65
Weißwasser	60	16. 12. 20	5,70
Zittau	40	10. 12. 20	6,05

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Götlin. Am 19. Januar tagte im Lokal zu den „Vier Geymonskindern“ unsere Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Heinze den Jahresbericht. Anschließend teilte er mit, daß über die Angelegenheit der Produktivgenossenschaft in der nächsten Versammlung diskutiert werden solle. Der Kassierer erstattete die Abrechnung von 4. Quartal 1920. Der erste Revisor beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig Annahme fand. Hierauf berichtete Kamerad Heinze über die Sitzung mit dem Arbeitgeberbund, unsere neue Lohnforderung betreffend. Trotz Beibringung von statistischem Material unsererseits hätten die Unternehmer einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, doch habe der Gauleiter es durchgedrückt, daß eine nochmalige Aussprache für den 22. Januar anberaumt sei. Eine längere Debatte hierüber fand nicht statt. Einzelne Kameraden verlangten, daß eine Lohnherhöhung unbedingt eintreten müsse. Die angeordnete Ausperrung im Baugewerbe betreffend, sollte der Vorsitzende die Ursachen auf Da vor verschiedenen Instanzen eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte, kam nach fünfständiger Verhandlung unter dem Vorsitz des Beigeordneten Haas folgende Vereinbarung zustande: „Die Vertreter des Arbeitgeberverbands erklären, dafür einzutreten, daß die Mitglieder einer Bauproduktivgenossenschaft von den Arbeitgebern nicht anders behandelt werden als alle anderen Arbeiter. Die Bauarbeiterorganisationen haben den Streik auf. Die Arbeitsaufnahme soll am Donnerstag, 20. Januar, erfolgen. Damit unterbleibt die Ausperrung. Die Bezahlung der Streikstage wird grundsätzlich abgelehnt. Dagegen erklärt sich die Firma Stöcker bereit, jedem Arbeiter, der vor der Arbeitsniederlegung auf der Baustelle Alltrans bei ihr beschäftigt war und Donnerstag vormittag die Arbeit wieder aufnimmt, eine Prämie von 200 M bei der Lohnung am Freitag, 21. Januar, zu zahlen.“ Unter „Verschiedenes“ gab der Kassierer bekannt, daß diejenigen Kameraden, deren Bücher sich zwecks Umtausch in Hamburg befinden, sich in Gebuld fassen müssen, da laufende volle Bücher durch neue ersetzt werden müßten. Nachdem beschlossen war, den beiden erkrankten Kameraden Neuhäuser und Kirchbeck je 250 M aus der Lokalkasse zu überweisen und am 2. Februar unsere regelmäßige Versammlung abzuhalten, war Schluß der mächtig besuchten Versammlung. — (Jahresbericht.) Auch das Jahr 1920 hat uns keine besseren Daseinsbedingungen gebracht. Immer noch ist die

Not der werttätigen Bevölkerung unerträglich groß, immer noch bereichert sich ein Teil des Volkes durch Bücher und Ausbeutung auf Kosten des andern. Zwar brachte die Revolution der Arbeiterschaft die so lang ersehnte staatsbürgerliche Gleichberechtigung und damit Einfluß und Macht auf allen Gebieten des Lebens, aber die Vorbedingungen der gänzlichen Befreiung der Arbeiterklasse aus der Not des Lebens, Einheit und Einigkeit der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, brachte sie bis heute noch nicht. Statt Einheit ist vielfach Zersplitterung das Feldgeschrei. Vieles würde besser sein, wenn die Arbeiterbewegung von Eintracht und Einigkeit beherrscht würde. Statt dessen sehen wir einen Kampf, der mit Freiheit, Recht und Demokratie nichts zu tun, sondern Gewalttätigkeit und Diktatur zum Ziele hat. Der Aufstieg der Arbeiterklasse wird verhindert und die werttätige Bevölkerung dem Ruin entgegengeführt, wenn diesem wahnsinnigen Bruderkampfe in der Arbeiterbewegung nicht bald ein Ende bereitet wird. Die Zersplitterungsbestrebungen beschränken sich nicht auf die politische Arbeiterbewegung, sondern sie versuchen mit mehr oder weniger Erfolg auch die Gewerkschaften zu zersplittern. Was in dieser Hinsicht unsere Zahlstelle angeht, so dürfen wir wohl mit Recht von uns behaupten, daß man bis jetzt davon wenig oder gar nichts in unsern Versammlungen gespürt hat. Wir wollen uns der Hoffnung hingeben, daß es auch in Zukunft so bleiben möge. Einzelne unserer jungen Kameraden glauben, eine Ausnahme machen zu müssen; aber sie vergessen dabei, daß die Ortsansässigen, die Alten, genau wissen, wie Lohnbewegungen zu führen sind. Die Bautätigkeit kann im Berichtsjahre als eine gute bezeichnet werden, trotzdem die private Bautätigkeit noch vollständig darniederliegt. Weil sich heute das Miets- häuserbauen nicht mehr rentiert, sind Siedlungsbauten mit Hilfe von staatlichen und kommunalen Geldmitteln ausgeführt worden. Reichliche Arbeitsgelegenheit boten auch die Befestigungsarbeiten für die britische Besatzung, so daß wir über Arbeitslosigkeit nicht zu klagen brauchten. In den meisten Fällen konnten wir offene Stellen mit Zimmergehilfen nicht besetzen. Auch für Jugereste bot sich immer Arbeitsgelegenheit. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1920 615, also weit über 100 Mitglieder mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die unaufhörlichen Preissteigerungen sorgten dafür, daß die Lohnbewegungen nicht abriffen. Viermal im Jahre traten Lohnherhöhungen ein. Im Januar bekamen wir noch einen Stundenlohn von 3,30 M, am Schlusse des Jahres 7,56 M, mithin war eine Steigerung des Stundenlohnes von 4,20 M zu verzeichnen. Trotz des neundmöglichen Kampfes im letzten Sommer sind unsere Klassenverhältnisse die denkbar günstigsten, was wohl durch die nachfolgenden Zahlen am besten bewiesen wird. Der lokale Klassenbestand betrug am Jahreschlusse 1919 4526,11 M, am Jahreschlusse 1920 23 447,76 M. Die Steigerung unseres Vermögens beträgt somit 18 921,65 M. Der Besuch unserer Mitgliederversammlungen, deren im Jahre 1920 23 abgehalten wurden, war nicht zufriedenstellend; es wäre wünschenswert, daß sich unsere Kameraden besser daran beteiligen. Noch belangenswerter ist der Besuch der Platzdelegiertenversammlungen; trotz der Mühe des Vorstandes und der Aufwendung großer Kosten war es nicht möglich, das Platzdelegiertenstystem zu fördern und in dem Sinne auszubauen, wie es eigentlich sein soll. Die Ursache liegt wohl darin, daß unsere Kameraden den Inhalt des Tarifvertrages nicht kennen, sonst müßten sie wissen, welche Rechte und Pflichten einem Platzdelegierten zustehen. Diese Rückständigkeit muß aufhören. Der Vorstand wird nun, einem Wunsche der Mitglieder nachkommend, ein Vorstandsmitglied eigens mit dieser Sache betrauen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dann die Platzsitzungen regelmäßig abgehalten werden können, um unsere Kameraden besser aufzuklären. Dazu genügen aber nicht 3 Platzdelegierten-sitzungen, wie im Vorjahre, sondern jeder Platz ist verpflichtet, Vertreter zu entsenden. Wieviel Vertreter zu wählen sind, bestimmt § 7 Absatz 1 des Tarifs, wie sich auch alles andere aus diesem Paragraphen ergibt. Ferner waren zur Erledigung unserer Geschäfte noch 29 Vorstand-sitzungen nötig. Was die Produktivgenossenschaften betrifft, so sollten unsere Kameraden mehr und mehr Mitglied der Produktivgenossenschaft „Grundstein“ werden. Die Vorstandsmitglieder hatten eine Fülle von Arbeit zu leisten. Das war nur möglich durch die Einmütigkeit, die unter den Vorstandsmitgliedern geherrscht hat. Der Vorstand erwartet von seinen Mandatgebern, daß sie ihn unterstützen, indem sie dazu beitragen, daß unsere Versammlungen besser besucht werden. Soll das Ertrungene erhalten und Neues hinzugefügt werden, dann muß die Parole für alle Kameraden heißen: Seid einig, denn nur durch Einigkeit können wir zum Ziel gelangen.

Grossen a. d. O. Am 22. Januar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der der An-schluß von 21 Schneidemühlener Arbeitern bei Zimmermeister Prüfer und die Lohnfrage behandelt wurde. Gauleiter Knüpfer war dazu eingeladen und erschienen. Knüpfer behandelte die Anschlußfrage in ausführlicher Weise auf Grund des Verbandsstatuts und der Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein Mitglied des Vorstandes der Holzarbeiter war zugegen und bestand darauf, daß die 21 Mühlenarbeiter, weil sie schon längere Zeit dem Holzarbeiterverband angehören, darin verbleiben müßten. Die Mühlenarbeiter, die zahlreich erschienen waren, wollten unter allen Umständen Mitglieder des Zimmererverbandes werden und begründeten ihren Standpunkt in recht eingehender Weise. Einigkeit wurde auf folgender Grundlage erzielt. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes setzt sich mit seinem Hauptvorstand und der Gauleitung in Verbindung; wird von diesem das Einverständnis zur Aufnahme erzielt, dann soll der Zahlstellenvorstand die nötigen Schritte zur Aufnahme einleiten. Die Lohnfrage wurde gleichfalls durch längere Ausführungen des Kameraden Knüpfer eingeleitet, wobei die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen, die des Baugewerbes im besondern behandelte. Nach einer sehr ausführlichen Debatte beschloß die Versammlung einstimmig: Der Zahlstellenvorstand wird beauftragt, sofort beim Arbeitgeberbund eine Sitzung zu beantragen, in der der Abschluß des Tarifvertrages vollzogen

und über die Festsetzung eines neuen Stundenlohnes verhandelt werden soll.

**Gegenfeldern.** Die hiesigen Unternehmer verweigerten beharrlich die Anerkennung des Schiedspruches für Mühlhof, den das Landesermittlungsamt gutgeheißen hat. Es blieb daher nichts übrig, als gegen sie Klage vorzugehen. Deshalb wurde zunächst gegen den Zimmermeister Jakob Brandhuber Klage angestrengt. Sein Bruder, der Verbandsmitglied war, erklärte sich durch Austritt aus dem Verband mit ihm solidarisch. Am 13. Januar wurde vor dem Amtsgericht verhandelt und der Zimmermeister Brandhuber zur Zahlung verurteilt. Er mußte vom 24. November 1920 an Nachzahlung leisten.

**Goldap.** Am 28. Januar tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Es waren 27 Kameraden anwesend. Die Wahl des Vorstandes ergab nur geringe Veränderungen. Ueber die Erwerbslosenunterstützung gab der Kassierer, Kamerad Raup, eingehende Aufklärung, da einige unserer Kameraden hierüber noch in Unkenntnis waren. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde genehmigt. In „Verschiedenes“ besprach Kamerad Schmidt den Artikel unter Verbandsnachrichten im „Zimmerer“ vom 22. Januar. Kamerad Rappas rügte das Verhalten der Firma Biffer, die trotz der großen Zahl der erwerbslosen Zimmerer ungelernete Arbeiter, die nicht unserer Organisation angehören, mit Zimmerarbeiten beschäftigt. Es wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt, die bei der Firma vorstellig werden soll.

**Gräfenhainchen.** Am 14. Januar fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Zählstelle im Gasthof in Zschornowitz statt; sie war von 80 Kameraden besucht. Punkt 1, Bericht des Vorstandes, mußte wegen Abwesenheit des Vorstandes ausfallen. Kamerad Lenter erstattete den Rassen- und Kamerad Große den Revisionsbericht. Beide Berichte wurden zur Diskussion gestellt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der zweite Punkt betraf die Neuwahl des Gesamtvorstandes der Hilfskassierer und Kartelldelegierten. Hierauf sprach Kamerad Börsel über die Entschädigung der Kassierer. Er bezeichnete die Entschädigung als nicht mehr ausreichend und machte den Vorschlag, dem Hauptkassierer eine jährliche Entschädigung von 250 M und dem Hilfskassierer für jede verkaufte Marke 12 M zuzumachen zu lassen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Zur Entschädigung des Delegiertenausschusses (bei eventuellen Vorkommnissen, wie Einberufung nach Bitterfeld oder dergleichen) wurde der Antrag gestellt, Baulassen zu gründen. Er wurde aber von der Versammlung nicht unterstützt. Ein Antrag, den Gesamtvorstand zu ermächtigen, bei etwaigen Vorkommnissen über eine Summe von 50 M ohne Einberufung einer Versammlung zu verfügen, wurde einstimmig angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ ergreift der Gauleiter, Kamerad Lauben, das Wort. Er sprach über Arbeits- und Wohnverhältnisse sowie über die Schwierigkeiten des Tarifabschlusses, wobei er besonders auf die Ferienfrage hinwies, in der es noch zu keinem Resultat gekommen sei, jedoch werde in nächster Zeit das Haupttarifamt endgültig darüber entscheiden. Weiter führte er der Versammlung das schnelle Wachstum der Arbeitgeberverbände vor Augen und appellierte an die Kameraden, fest zusammenzuhalten in der Organisation. Eine längere Debatte entspann sich über den Anschlag sämtlicher Holzarbeiter an den Zimmererverband. Kamerad Lauben führte dazu aus, daß laut Beschluß des letzten Gewerkschaftstages jeder Arbeiter der Organisation beizutreten habe, in dessen Beruf er längere Zeit beschäftigt sei. Kamerad Schmidt legte den noch nicht der Zählstelle Gräfenhainchen angehörigen Kollegen ans Herz, sich doch in kürzester Zeit in der hiesigen Zählstelle anzumelden.

**Straßen i. Böh.** Am 9. Januar tagte unsere Generalversammlung. Bis auf die Auswärtigen waren alle Mitglieder vollzählig erschienen. Daraus ist zu ersehen, daß das Interesse an der Organisation sich hebt und unser Verband seit Bestehen der Zählstelle, 3. März 1920, festen Fuß gefaßt hat. Kamerad Banets eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache. Die Abrechnung konnte nicht erfolgen, da die auswärtigen Mitglieder ihre Beiträge noch nicht eingekandt hatten. Sie wurde auf den 18. Januar vertagt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstandschäft das Vertrauen wieder zuteil. Unsere Mitgliederzahl betrug bereits 41, heute ist sie leider nur mehr 28, was auf die Selbständigkeit der kleineren Landpoliere zurückzuführen ist, die sich nur unserer Organisation anschließen, um Einblick in die Lohnverhältnisse zu gewinnen und dann wieder ihren Austritt erklärten. Die Lehrlingslöhne wurden folgendermaßen geregelt: Im ersten Jahre 1,70 M, im zweiten 2,40 M, im dritten Jahre 3,80 M. Wegen der Hilfsarbeiter, die in der Zimmererei beschäftigt sind und auch ihr Werkzeug haben, konnte eine Einigung nicht erzielt werden und wird unser Gauleiter in nächster Zeit die Sache in die Hand nehmen, um eine tarifliche Regelung zu bewirken. Der Stundenlohn betrug im März 1920 2,90 M, heute 4,40 M und 3,50 M Werkzeuggeld wöchentlich.

**Halle a. d. S.** Unser erster Vorsitzender und Geschäftsführer, Kamerad Albert Arndt, ist im Alter von 64 Jahren plötzlich und unerwartet an einer Lungenentzündung verstorben. Er war uns ein guter Vorkämpfer in der Gewerkschaftsbewegung; er setzte ihre Theorien in die Praxis um, bei allen wirtschaftlichen Aktionen. Wir verlieren in ihm einen treuen Kameraden und Vertreter unserer Sache. Infolge seiner zielbewußten Tätigkeit und unter Anerkennung seiner Ideale berief ihn die Zählstelle am 1. Januar 1919 auf den verantwortungsvollen Posten des ersten Vorsitzenden und weiter im August 1920 auf die Stelle eines Geschäftsführers. Möge ihm die Erde leicht sein!

**Hermannsburg.** Ein versammlungsreicher Monat für unsere Zählstelle war der Januar. Am 28. Dezember vorigen Jahres wurde der Tarif gekündigt und 14 % Lohn-erhöhung gefordert. Die Unternehmer lehnten natürlich ab. Am 9. Januar fand eine Versammlung im „Seidhof“ statt, um das Zugeständnis der Unternehmer entgegenzunehmen. Kamerad Walter, unser Gauleiter, war leider verhindert, zu erscheinen, was sehr bedauernd wurde. Der Vorsitzende, Kamerad Böcker, teilte mit, daß die Unternehmer sich ablehnend verhielten. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Forderung von 14 % Aufschlag, das

ist 4,70 M Stundenlohn und 20 S Geschirrgeld, aufrecht-zuerhalten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, den Unternehmern dieses vorzutragen und eventuell zu verhandeln, worauf für den 13. Januar eine Verhandlung der Lohnkommission mit den Unternehmern angesetzt wurde. Die Unternehmer verhielten sich ablehnend, bewilligten aber schließlich 4,50 M, einschließlich Geschirrgeld, worauf nicht eingegangen werden konnte. Die Lohnkommission teilte das Ergebnis dem Vorstande mit und lud zu einer Besprechung für den 20. Januar ein. Im Laufe der Besprechung machte Kamerad Böcker den Vorschlag, wenn auf friedlichem Wege 4,70 M, einschließlich Geschirrgeld, erreicht werden könne, es damit bewenden zu lassen. Dem Vorschlag wurde zugestimmt und an die Unternehmer ein dementsprechendes Schreiben gerichtet mit dem Ersuchen um Antwort bis spätestens 23. Januar. Für den 23. Januar wurde eine Versammlung angesetzt und die Kameraden wurden benachrichtigt. Die Versammlung am 23. Januar war nur mäßig besucht. Die Antwort der Unternehmer lautete: Da alles im Falle begriffen sei, könnten sie von dem Angebot nicht abweichen. Da die Versammlung des schlechten Wetters wegen zu schwach besucht war, wurde ein Beschluß nicht gefaßt, sondern auf den 28. Januar unsere Monats-versammlung angesetzt. Zu dieser Versammlung war auch der Gauleiter Walter erschienen, ebenso der Gauleiter des Bauarbeiterverbandes. Um 5 1/2 Uhr hatten Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden. Ueber ihr Ergebnis berichtete Kollege Schenk. Die Unternehmer hätten nach langer Debatte erklärt, vom 30. Januar an 4,40 M Stundenlohn und 20 S Geschirrgeld zu zahlen, für Bauhilfsarbeiter 4,20 M; vom 1. März an 4,60 M Stundenlohn und 20 S Geschirrgeld, für Hilfsarbeiter 4,40 M. Mehrere Kameraden sprachen für und gegen die Annahme des Angebots. In der Abstimmung wurde das Angebot angenommen. Unter „Verschiedenes“ sprachen Kamerad Walter und Kollege Schenk noch über Verbandsfragen, Bibliothek usf. Auch wurde die Wahl am 20. Februar noch kurz erwähnt. Zum Schluß hat Kamerad Böcker noch die anwesenden Kameraden, darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Kameraden an den Versammlungen teilnehmen.

**Jena.** Unsere Generalversammlung am 12. Januar war gut besucht. Im ersten Punkt gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Im Punkt „Neuwahlen“ wurden die Vorstandsmitglieder wieder beziehungsweise neugewählt. Zu Punkt 3 gab Kamerad Kneifel den Bericht von der letzten Vollversammlung der Betriebsräte. Nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden trat Schluß der Versammlung ein.

(Jahresbericht.) Am Schluß des vorigen Jahres hatten wir auf Grund der vorliegenden Anzeichen gehofft, daß sich das Wirtschaftsleben weiter bessern würde. Leider müssen wir bei Schluß des Jahres konstatieren, daß es nur ein Nebelgebilde, eine Fata Morgana gewesen ist, die uns getrennt hat. Satten wir zu Beginn und um die Mitte des Jahres noch wenig unter Arbeitslosigkeit zu leiden, so änderte sich im letzten Quartal das Bild vollständig. Hauptächlich im Dezember, wo man das sogenannte Fest der Liebe feiert, wurde uns eine solche Arbeitslosigkeit beschert, wie wir sie selten erlebt haben. War vor dem Kriege die Arbeitslosigkeit infolge von Witterungseinflüssen nur vorübergehend, so müssen wir heute feststellen, daß es nicht Witterungseinflüsse sind, die die dauernde Arbeitslosigkeit verschulden, sondern es sind die Widersprüche, die in dem kapitalistischen System begründet liegen; denn trotz riesigen Bedarfs an Wohnungen ruht die Bautätigkeit fast ganz. Ebenso steht es in bezug auf unsere Löhne. Der Lohn erhöhte sich zwar von 2,48 auf 5,55 M pro Stunde, also um nahezu 125 %, aber der Reallohn, die Kaufkraft des Lohnes, ist noch gesunken. Also trotz höherer Löhne ist die Verelendung weiter fortgeschritten. Unser Verbandsleben war ein sehr reges. Es haben im Berichtsjahr 28 Versammlungen stattgefunden. Leider ließ der Besuch manchmal zu wünschen übrig. Der Durchschnittsbetrag betrug 67 Kameraden. Die Rassenverhältnisse waren folgende: Die Einnahme für die Zentrale betrug 22 489,50 M. An Unterstützungen wurden 6384,52 M ausgezahlt, bar an die Zentrale wurden gesandt 14 107,78 M, so daß sich noch eine Summe von 2017,20 M am hiesigen Orte befindet. Der Bestand der Lokalkasse betrug bei Beginn des Jahres 4651,49 M. Eingenommen wurden 6590,56 M, ausgegeben 6132,75 M, so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 5049,30 M vorhanden ist. Mitgliederbewegung: Bei Jahresbeginn waren in unserer Zählstelle 242 Mitglieder vorhanden. Eingetretten und angemeldet sind 57 Kameraden. 55 Mitglieder sind ausgetreten und abgereist, so daß am Schluß des Jahres 244 Kameraden organisiert sind, darunter 21 Lehrlinge. Kameraden, war das Jahr 1920, das nun der Geschichte angehört, gewiß kein rosiges, so dürfte es doch das Gute gehabt haben, daß es manchem die Spulgeschichten vom Wiederaufbau des Kapitalismus und dem schönen Ausspruch: „Nur Arbeit, Arbeit kann uns retten“, wie es von verschiedenen Seiten gepredigt wird, aus dem Kopfe vertrieben hat. Nein, der Kapitalismus läßt sich nicht mehr aufbauen, es sei denn, daß 15 bis 20 Millionen Menschen, natürlich Arbeiter, verhungern, wie es Professor Gruber in München ausgerechnet hat. Jedoch wird niemand gutwillig verhungern wollen, damit der andere noch länger herrlich und in Freuden leben kann. Möge das Jahr 1921, wenn auch noch nicht das entscheidende Kampfjahr werden, dann doch die Köpfe weiter klären und die Erkenntnis vertiefen, daß nicht Wiederaufbau des Kapitals, sondern nur die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft uns aus dem Elend erretten kann.

**Kröpelin.** Unsere erste diesjährige Mitglieder-versammlung fand am 15. Januar statt. Der Kassierer legte die Jahresabrechnung vor; sie wurde für richtig befunden. Die Wahl des gesamten Vorstandes verlief ohne jegliche Schwierigkeiten; denn der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Sodann wurde beschlossen, alle Vierteljahr eine Vollversammlung abzuhalten. Wegen des dauernd schlechten Wetters sollen Kameraden, die ohne triftigen Grund fehlen, eine Strafe von 5 M zahlen. Es wurde einigen Kameraden die Arbeitslosenunterstützung entzogen wegen Nichtannahme des Tarifvertrages. Mit dem Wunsche, daß die Kameraden in Zukunft mehr Interesse an der Organisation zeigen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Oslau.** Die am 23. Januar stattgefundene Mitglieder-versammlung im Gasthaus „Zur Sonne“ war von 33 Kameraden besucht. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nach einem Ueberblick des Kassierers über die erfreuliche Zunahme der Mitglieder im vergangenen Jahre wurde zur Vorstandswahl geschritten; sie erfuhr nur geringe Veränderungen. Unter „Verschiedenes“ wurde auf Beschluß der Versammlung dem Kameraden A. Wade eine Unterstützung von 100 M, der Frau des im Kriege gefallenen Kameraden Dienert 50 M bewilligt. Ferner wurde beschlossen, die Feuerversicherung des der Zählstelle gehörigen Inventars auf 5000 M zu erhöhen, den Lokalkassenbestand einbringend im Konsumverein anzulegen und den 12. Februar ein Wintervergütungen zu beantragen. Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden, auch dieses Jahr fest zum Verbands zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Orielsburg.** Unsere Generalversammlung am 22. Januar war stark besucht. Kamerad Finsel war auch anwesend. Kamerad Börike eröffnete die Versammlung und ermahnte die Kameraden zu festem Zusammenhalten, denn nur dadurch könne unsere Organisation gestärkt werden. Der Kassierer gab den Rassenbericht; er wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es folgte die Vorstandswahl. Sodann erhielt Kamerad Finsel das Wort. Er ermahnte die Kameraden ebenfalls, fest und treu zur Organisation zu stehen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf unsere Zählstelle.

**Schuppenbill.** Am 23. Januar tagte unsere erste Mitglieder-versammlung im neuen Jahre. Von 21 Mitgliedern waren 14 anwesend. Zum ersten Punkt, Rück- und Ausblicke, führte der Vorsitzende aus, daß er nicht in der Lage sei, einen ausführlichen Jahresbericht zu geben, weil er im vorigen Jahre die Zählstelle noch nicht geleitet habe. Im Anfang des Jahres 1920 herrschte noch eine einigermaßen gute Arbeitsgelegenheit, im März änderte sich das Bild; im April hob sich jedoch die Bautätigkeit wieder, so daß alle Kameraden Arbeit finden konnten. Sie hielt dann ziemlich an bis Mitte November; von da an meldeten sich die ersten Arbeitslosen, und am Jahresschluß, wie auch jetzt noch, sei von Zimmerarbeit keine Rede mehr. Einige Kameraden hätten sich andere Beschäftigung gesucht. Der Stundenlohn betrug zu Anfang des Jahres 2,25 M, er stieg im Februar auf 3 M, im April auf 4 M. Um letztere Feuerungszulage zu erreichen, mußte erst noch 14 Tage gekämpft werden. Im Juli stieg dann der Stundenlohn auf 4,89 M und im Dezember auf 4,69 M. Die Verhandlungen wurden stets bezüglich für Ostpreußen geführt; nur hin und wieder mußte örtlich etwas nachgeholfen werden. Um zu beurteilen, wie sich unsere Zukunft gestalten werde, seien die Verhältnisse noch zu unsicher. Obwohl 3 Unternehmer am Orte und auch genügend Arbeit vorhanden sein solle, so würden doch kaum alle Kameraden Arbeit erhalten. Einige würden wie früher wieder auf eigene Faust arbeiten müssen. We könne dieser Arbeitsweise keine Sympathie abgewinnen; denn in der Regel müßten die Kameraden etwas billiger arbeiten, wofür sie freie Station bekämen. Aber meistens werde von den Bauherren die Bedingung gestellt, daß sie nur dann Arbeit erhalten, wenn sie so lange arbeiten würden wie die Landarbeiter. Es müsse unsere Pflicht sein, auch dieses selbständige Arbeiten zu organisieren. Anträge hierzu waren bereits vorhanden. Anschließend gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 958 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich des Rassenbestandes von 176,20 M, eine Ausgabe von 84,35 M, einen Rassenbestand von 91,85 M. Die Sammelliste zur Kranspende für den verstorbenen Kameraden Steinau hatte einen Ertrag von 64 M, eine Ausgabe von 60 M. Der Rest von 4 M wurde der Lokalkasse überwiesen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ nahm noch die kommunale Erwerbslosenunterstützung in Langendorf einen breiten Raum ein. Der Vorsitzende berichtete den ganzen Hergang dieser so brennenden Frage. Daß die Kameraden dort noch nicht zu ihrem Recht gekommen seien, liege erstens am Landrat und zweitens an dem Vorsitzenden der Bauarbeiter, Kollegen Lufschel, der dort Gemeindevertreter ist. Er, Redner, habe diese Angelegenheit am 23. Dezember vorigen Jahres in einer Sitzung des Ortsausschusses auf die Tagesordnung gesetzt. Von den Bauarbeitern wurde aber beantragt, diesen Punkt bis zum 2. Januar zurückzustellen, um mit ihrem Bezirksleiter Rücksprache zu nehmen. Das ist auch geschehen. Der Vorsitzende der Bauarbeiter erklärte dort, daß er die Angelegenheit in die Hand nehmen wolle, was aber bis jetzt noch nicht geschehen ist. Jetzt habe der Kassierer der Bauarbeiter diese Sache dem Reichsarbeitsminister unterbreitet. Nachdem noch einige andere Angelegenheiten erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

**Stettin.** Am 13. Januar fand im Lokale des Herrn Möws unsere Mitglieder-versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Carl Regien, dessen Verdienste er in kurzen Worten schilderte. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Frau des Kameraden Mober und Kamerad Aug. Hesse gestorben seien. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Kamerad Franz gab den Jahresbericht. Im Berichtsjahre fanden 14 Mitglieder-versammlungen, 3 kombinierte Sitzungen und 2 Nachbartrauensmännerversammlungen sowie mehrere Lohnkommissions-sitzungen mit und ohne Unternehmer statt. Die Versammlungen und Sitzungen hatten sich mit dem Ablauf des Tarifvertrages sowie mit den Lohn- und Geschirrfragen zu beschäftigen. Lohnzulagen haben fünfmal stattgefunden, so daß der Lohn von 3,65 M auf 6,30 M inklusive Geschirrgeld gestiegen ist. Außerdem sind Auslösung und Begehender außerhalb der Stadtgrenze festgelegt. Es bedurfte der äußersten Anstrengung der Lohnkommission, den Lohn einigermaßen der Teuerung folgen zu lassen, er steht trotzdem der Teuerung nach. Außerdem hatten sich die Versammlungen mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandsstages und mit der Beitragserhöhung zu befassen, wobei wir uns mit der Beschlußfassung des Zentralvorstandes einverstanden erklärten, in der Hoffnung, daß sich der Zentralvorstand mit der Alters- und Invalidenunterstützung beschäftigen werde. In einer Versammlung kam es zu schar-

fen Auseinandersetzungen, da 4 Kameraden in eigener Regie gearbeitet hatten. In den Versammlungen wurden Vorträge gehalten: 1. über die Sozialisierung im Baugewerbe; 2. über unsere freiwillige Begräbnis- und Unterstützungskasse; weiter wurde ein Bericht gegeben vom außerordentlichen Verbandstag und ein Bericht vom Betriebsrätekongress. Auch wurden Unterstützungen an Kameraden sowie an unsere österreichischen Genossen erledigt. Kamerad Saß gab den Kartellbericht. Er machte die Versammlung mit dem Zweck und dem Vorteil des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bekannt. Im Ortsausschuß Stettin seien 42 Gewerkschaften angeschlossen. Nachdem der Bibliothekar seinen Bericht gegeben hatte, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Ihr folgte die Wahl der Revisoren, der Lohnkommission, der Agitationskommission sowie der Kartellbelegierten und des Bibliothekars. Unter „Verschiedenes“ gab Kamerad Saß Bericht von der Betriebsvollversammlung. Wir wollten uns indes nicht danach richten, was dort beschlossen wurde, sondern eine kompakte Masse bilden und einig bleiben. Es wurde noch angeregt, daß hier in Stettin Zimmerer erwerbslos seien und trotzdem bei Schmidt noch 2 Auswärtige beschäftigt würden. Kamerad Neumann meinte, daß die Vertrauensmänner bei verschiedenen Meistern nicht genug aufpassen; denn bei Entlassungen sollten zuerst die Auswärtigen und dann die Junggesellen an die Reihe kommen. Kamerad Ziebel erklärte, daß bei Schmidt noch 2 Auswärtige vom Jahre 1919 beschäftigt würden und jetzt eine Anzahl Junggesellen angefangen haben. Kamerad Nauth erklärte, daß die von ihm Vermittelten schon alle wieder abgereist seien; vielleicht handle es sich um Flüchtlinge. Daß bei der Firma Schmidt Junggesellen angefangen hätten, käme daher, weil die Firma augenblicklich bei Reiste Hochbau ausführe und dafür junge Leute in Frage kämen; es seien aber auch alte Kameraden zum Auswechselfeld geschickt und auch eingestellt worden. Auch sei ein Auftrag von der Firma Schmidt gekommen, 6 Mann mit dichten Stiefeln für Wasserarbeit zu schicken. Da alte Kameraden keine dichten Stiefeln hätten, seien Junggesellen hingegangen. Franzad machte die Versammlung noch aufmerksam, wie der Sachvermittler zu arbeiten habe. Kamerad Utecht meinte, die Meister sollten nicht gleich Feuerabend geben. Manche Meister hätten wenig Arbeit und beschäftigten trotzdem ihre Leute, sonst würden Hunderte spazieren gehen. Kamerad Franzad teilte noch mit, daß bei Meister Piepenhagen der Betriebsobmann, Biezow, entlassen worden sei. Biezow müßte sofort wieder eingestellt werden; er verzichte aber auf die Einstellung. Des weiteren wies Kamerad Franzad auf die Arbeitsstelle der Bredower Zementfabrik hin, wo der Bauarbeiterverband die Sperre verhängt und der Vertrauensmann vom Bauarbeiterverband unsere 2 Kameraden aufgefordert habe, die Baustelle auch zu verlassen, trotzdem diese beiden den Tariflohn bekamen. Er hat die Kameraden, das nicht mehr mitzumachen, ehe wir unsere Zustimmung dazu geben. Kamerad Müller betonte, wir hätten jetzt einen neuen Vorstand gewählt und müßten wieder mehr zusammenhalten und uns nicht von dem großen Bauarbeiterverband in die Tasche stecken lassen. Kamerad Franzad teilte noch mit, daß die kombinierte Sitzung der Versammlung vorschläge, die ihr zustehende Bewilligung von Unterstützungen herauszufahren. Kamerad Neumann wies auf die freiwillige Begräbnis- und Unterstützungskasse hin, indem er hervorhob, daß bei Krankheitsfällen die 1. M. Verbandsbeitrag für Mitglieder der Kasse von dieser gezahlt würde. Es waren 2 Anträge, auf 50 M. und 100 M. lautend, eingereicht. Der Antrag bis zu 50 M. wurde angenommen. Dann wurde noch zu dem am 22. Januar stattfindenden Rapenfest ein Komitee gewählt und die Eintrittspreise festgesetzt.

**Übung.** Am 19. Januar fand im „Eiderstedter Gasthof“ unsere Generalversammlung statt; es waren 10 Kameraden erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag eingebracht, die 5 Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter mit auf die Tagesordnung zu setzen und einen Kollegen vom Metallarbeiterverband als Referenten sprechen zu lassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlassung erteilt. Hierauf wurde vom Kartellbelegierten der Bericht gegeben; Einspruch wurde nicht erhoben. Auf Grund der letzten Lohnerhöhung wurde der Beitrag von 2,80 M. auf 3,50 M. erhöht; 2,80 M. Zentral- und 70 s. Lokalfonds. Die 5 Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter lauten: 1. Gegen den Wucher und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände. 2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Verdienste der in Arbeit Stehenden auf Kosten der Arbeitgeber. 3. Für die Beseitigung des Steuerabzuges, Einziehung der Besitzsteuern und großen Vermögen. 4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Betriebe, der Lebensmittelgewinnung und -verteilung durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften. 5. Entwaffnung der Ortschaft und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften. — Die Forderungen wurden vom Referenten kurz erläutert. In der Diskussion sprachen 8 Kameraden, dann wurden die 5 Punkte einstimmig angenommen. Nach Erledigung verschiedener kleiner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Luttlingen.** (Jahresbericht.) Glaubten wir am Jahreschluß 1919, das ja bekanntlich eine einzige Lohnbewegung war, daß das Jahr 1920 eine Besserung bringen werde, so sahen wir uns gleich zu Beginn desselben arg getäuscht. Die fortwährende Steigerung der allernotwendigsten Bedarfsartikel zwang uns, gleich zu Beginn des Jahres mit neuen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Die Verschleppungspolitik der Unternehmer erschwerte jedoch die Verhandlungen ungemein, so daß erst mit dem 1. Juli der Tarifvertrag als abgeschlossen betrachtet werden konnte. Der neue Reichstarifvertrag trat mit dem 1. Juli in Kraft. Luttlingen wurde in die dritte Lohngruppe eingereiht, durch die Anstrengungen der Luttlinger Bauarbeiter und Zimmerer ist es aber gelungen, unsern Ort in die zweite Lohngruppe zu bringen, so daß der Stundenlohn der Zimmerer auf 5 M. kam. Auf Grund der auf allen Gebieten eingetretenen Preissteigerung wurden von der Organisationsleitung anfangs Oktober neue Lohnforderungen gestellt, und zwar 10 % des Stunden-

lohnes. Am 25. Oktober fanden Verhandlungen statt, doch lehnten die Unternehmer die Forderung rundweg ab. In Verhandlungen vor dem Tarifamt machten die Unternehmer den Vorschlag, in der ersten Lohngruppe 40, in der zweiten 35, in der dritten 30, in der vierten 25 und in der fünften Lohngruppe 20 s. Zulage zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeiterorganisationen angenommen, dagegen lehnten die Unternehmer nun ihren eigenen Vorschlag ab. Die Sache wurde vor den Schlichtungsausschuß gebracht und am 30. Dezember folgender Schiedsspruch gefällt: „Mit Wirkung vom 8. Januar 1921 wird allen Arbeitern und Hilfsarbeitern im Alter von 20 Jahren und darüber eine Feuerungszulage in folgender Höhe zu den tariflichen Löhnen gewährt: in Lohngruppe 1 und 2 10 %, in den Lohngruppen 3, 4 und 5 5 %.“ Auch diesen Schiedsspruch lehnten die Unternehmer ab, er wurde jedoch am 11. Januar vom Arbeitsminister für verbindlich erklärt, so daß die Löhne bei jedem ordentlichen Bericht eingelaßt werden können. — Mitgliederbewegung: Zu Beginn des Jahres 1920 zählten wir 35 Mitglieder; eingetreten sind 8, zugereist 10, abgereist 11, ausgetreten 1, wegen Schulden getrichen 4. Am Schluß des Jahres zählten wir 37 Mitglieder. An die Hauptkasse wurden 348,75 M. überwiesen, Krankenunterstützung wurde an 2 Mitglieder ausgezahlt, Erwerbslosenunterstützung für 42 Tage 100,80 M. Die Lokalkasse wies am Jahreschluß einen Bestand von 428 M. auf.

**Sterbetafel.**

**Dresden.** Am 9. Januar starb der Kamerad Heinrich Boden, Dresden-Bieschen, im Alter von 59 Jahren infolge Lungen- und Darmlebens; am 12. Januar Heinrich Mehlig, Oberlößnitz, 51 Jahre alt, an Nierenentzündung und am 15. Januar der Lehrling Rudolf Arlt, Klein-Luga, 18 Jahre alt, an Gasvergiftung.

**Groß-Bodungen.** Am 18. Januar starb unser Mitglied, der Lehrling Hermann Diemann.

**Stuttgart.** Am 10. Januar starb plötzlich an Herzschlag Ludwig Ester im Alter von 68 Jahren und am 26. Januar ebenfalls an Herzschlag Gustav Weber im Alter von 49 Jahren.

**Baugewerbliches.**

**Bauarbeiterchuh in Breslau.** In der Zeit vom 1. August 1919 bis 31. Dezember 1920 wurden im Bereiche der Stadt 822 Baustellen und Gerüste 2044 mal kontrolliert, wobei sich 212 Beanstandungen folgender Art notwendig machten: Paubuden und Unterkunftsräume: keine vorhanden 6 mal, in mangelhaftem Zustande 4 mal, zu klein 8 mal, unsauber 19 mal, Heizgelegenheit fehlte 12 mal, Material lagerte darin 5 mal, Fenster fehlten 7 mal, Sitzgelegenheit fehlte 6 mal, Tische fehlten 10 mal, Fußboden fehlte 7 mal. Hygienische Einrichtung: Verbandskästen fehlten 88 mal, mangelhaft 2 mal. Unfallverhütungsvorschriften fehlten 28 mal. Aborte: schlecht gereinigt waren 3 mal, mangelhaft 6 mal, kein Abort vorhanden 3 mal, ohne Dach 1 mal, ohne Klüdenlehne 1 mal, Rißreiser fehlten auf allen Neubauten. Bei Neu- und Umbauten: die Abdeckung fehlte ganz 3 mal, mangelhaft 7 mal, Schutzgeländer an der Treppe 7 mal, Schutz- oder Janggerüst 17 mal, mangelhafte Janggerüste 6 mal, Schutzleine für Dachdecker und Klempner 8 mal, Schutzgeländer am Aufzug 1 mal, mangelhafte Aufzugsvorrichtung 1 mal.

In den 212 Beanstandungen sind die Bemängelungen der Leitergerüste nicht mit eingerechnet; diese bringen allein die städtische Zahl von über 200 auf. Zu Brustwehren und Verstreubungen werden zum größten Teil Latzen verwendet; obwohl dies die Bauordnung verbietet, glaubt ein Teil der Unternehmer, daß der Krieg diese Bestimmungen aufgehoben hat. Den großen Mängeln an Leitergerüsten ist eben schwer beizukommen, weil erstens ein Teil zu spät gemeldet wird, vielmals sind sie bereits fertig, und zweitens befinden sich Baustellen und Leitergerüste in so großer Entfernung, daß dazu ein Kontrolleur nicht ausreicht. Grauererregend sind auch in vielen Fällen die Schutzdächer über den Bürgersteigen, die eher das Publikum gefährden als schützen. Hierzu kommen noch eine Anzahl Beanstandungen der beiden Kollegen, die nur ein Vierteljahr angestellt waren. Leider mußten sie wieder entlassen werden, weil sie ohne Zustimmung der Stadtverordneten eingestellt waren, obwohl auch noch für sie ein großes Arbeitsfeld vorlag. 22 schriftliche Aufforderungen und Bestrafungen waren notwendig, um nur die säumigsten Unternehmer zur Abstellung der Mängel zu zwingen. Trotz der vielen Kontrollen sind bedauerlicherweise 6 Unglücksfälle schwerer Art, darunter einer tödlich, vorgekommen. Die vorgefundenen Mängel wurden entweder sofort oder aber bis zur nächsten Kontrolle abgestellt. Die vielen Mängel sind aber zum größten Teil der Nachlässigkeit der Kollegen selbst zuzuschreiben, die nur auf den Profit der Unternehmer bedacht sind, dabei ihr eigenes Wohl ganz vergessen. Auch an eine Meldung über Unglücksfälle oder Mängel an den Kontrolleur oder an die Bauarbeiterchuhkommission denkt niemand, so daß man erst auf Umwegen von obengenannten Fällen etwas erfährt. Wir hoffen, daß sich in diesem Jahre die Verhältnisse in bezug auf Bauarbeiterchuh zum Wohle der gesamten Bauarbeiter bessern.

**Beschaffung von Bergmannswohnungen im Ruhrrevier.** Ein vom Reichswirtschaftsrat eingesetzter bergtechnischer Ausschuss hat die Frage der Bergmannswohnungen beraten und die Ergebnisse seiner Beratung in einem Gutachten niedergelegt. Daraus geht hervor, daß seit 1914 der Wohnungsbau im Ruhrrevier völlig stillgelegen hat. Heute sind im rheinisch-westfälischen Bergbau etwa 150 000 Arbeiter mehr beschäftigt als in der Vorkriegszeit; auch die übrige Industrie hat beträchtliche Arbeitermengen angezogen, die den Wohnungsmarkt belasten, so daß der Bergbauzeit überfüllt ist. Die in die Siedlungsaktivität gesetzten Erwartungen haben sich nicht erfüllt, da sie durch die enorme Steigerung der Baupreise sehr stark unterbunden worden ist. Durch letztere

ist auch die Bautätigkeit der Bechen aus eigenen Mitteln in unheilvoller Weise beeinflusst worden. Es wird für das Jahr 1920 mit einem Ausfall von 15 000 Wohnungen gerechnet, die ohne die nachteilige Entwicklung der Baupreise aus öffentlichen oder privaten Mitteln gebaut worden wären. Die Anzahl der von der Treuhändstelle Essen für 1920 bewilligten Wohnungsbauten beträgt insgesamt 5331, sie sind zum erheblichen Teil noch im Bau begriffen. Dabei ist über die hierfür bereitgestellten Mittel fast reiflos verfügt.

Nach den durch Fragebogen des Ausschusses auf 249 Schachtanlagen gewonnenen Resultaten über den Wohnungsbau ergibt sich folgendes Bild, das die Unzulänglichkeit der bisherigen Maßnahmen recht anschaulich zeigt: Es sind Wohnungen im Bau: 4609 auf insgesamt 80 von 249 Schachtanlagen. Geplant ist die Erbauung von 11 731 Wohnungen auf 79 Schachtanlagen. Davon entfallen 1760 Wohnungen auf 35 Schachtanlagen, die aus Werkmitteln gebaut werden sollen. Für 10 717 Wohnungen von allen geplanten erwartet man die Mittel von der Treuhändstelle Essen, die aber nach der Höhe der aufkommenden Mittel kaum zur Hälfte finanziert werden können. 24 Schächte haben in geringem Umfang gebaut, teils aus öffentlichen, teils aus eigenen Mitteln. Sie planen aber nichts weiter, da sie bei der Unzulänglichkeit der öffentlichen Mittel keine Aussicht auf Berücksichtigung haben und bei der Lage des Kapitalmarktes und der Höhe der Baupreise aus eigenen Mitteln keine weiteren Verjuche unternehmen können. 82 Schächte bauen nichts und planen auch keine Bauten, weil sie selbst nicht in der Lage sind und keine Berücksichtigung durch die Treuhändstelle haben, bei der zunächst 63 000 Wohnungen angefordert waren.

Die Aussichten, mit den heutigen Mitteln den Wohnungsbau zu beschleunigen und dadurch die Steigerung der Kohlenförderung zu erleichtern, sind also ganz trübsalig. Das einzige Hindernis, um in raschem Tempo zu einer größeren Zahl von Bergmannswohnungen zu kommen, ist die unzureichende Finanzierung der Treuhändstelle und die Kapitalknappheit der Bergwerksunternehmungen. Für den Fall, daß eine ausreichende Finanzierung so rechtzeitig gesichert werden könnte, daß die notwendigen Dispositionen hinsichtlich der Materialdeckung der Bauarbeiterbeschaffung, des Grunderwerbs und der Bauplangenehmigung auf der neuen finanziellen Grundlage noch getroffen werden könnten, so wäre die Treuhändstelle Essen nach dem Urteil ihres Leiters, Herrn Professor Knipping, in der Lage, im Jahre 1921 bis zu 15 000 Wohnungen neu zu bauen.

Diese Zahl erachtet der Bergtechnische Ausschuss als die Mindestgrenze dessen, was gebaut werden muß, wenn unter Berücksichtigung der sonstigen von ihm empfohlenen Maßnahmen technischer und organisatorischer Natur eine ausreichende Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden soll.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**In den Wahlen am 20. Februar.** Am 20. Februar wird gewählt: in Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein zum Deutschen Reichstag, in Preußen zum Preussischen Landtag sowie zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, in Hamburg zur Bürgerchaft. Das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen soll zum ersten Male auch für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen zur Anwendung kommen. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Die Arbeiterklasse als die Verfechterin des allgemeinen und direkten Wahlrechts darf sich, nachdem es endlich auf der ganzen Linie durchgesetzt ist, dieser Pflicht nicht entziehen. Daß von dem Ausgang dieser Wahlen, vornehmlich der Preußenwahlen, bei dem bekannten Einfluß Preußens auf das Reich, unendlich viel für die Zukunft des gesamten deutschen Volkes, für die Zukunft der Arbeiterklasse abhängt, ist unbestrittene Tatsache. Jeder denkende Arbeiter, jede denkende Arbeiterin muß wissen, was auf dem Spiele steht.

Die bürgerlichen Parteien haben sich im Wahlkampfe an Berunglimpungen und Verleumdungen der Arbeiterklasse und ihrer Bestrebungen das denkbar möglichste geleistet. Die Angst vor dem Ausgang der Wahlen läßt sie selbst vor unläuterer Mitteln nicht zurückschrecken. Durch die von der Arbeiterchaft mit immer mehr Nachdruck geforderte Sozialisierung sehen die Kapitalisten und Unternehmer ihre Ausbeutungsfreiheit, ihren Profit gefährdet und sie treten dieser Gefahr einheitlich und geschlossen entgegen. Demgegenüber betont die Arbeiterchaft, daß nur die Sozialisierung eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens ermöglicht und daß die kapitalistische Wirtschaft, die nur ein ungezügelltes Streben nach möglichst hohem Gewinn kennt, uns unabänderlich in immer tieferes Elend führen muß.

Kapitalismus oder Sozialismus! Um diese Lösung geht es am 20. Februar. Die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen halten nach wie vor die kapitalistische Wirtschaftsweise als die gegebene und sind willens, sie mit allen Mitteln zu stützen. Der Arbeiterklasse ist der Weg klar vorgezeichnet, sie muß auf jeden Fall eine Stärkung der Reaktion durch die bevorstehenden Wahlen verhüten, weil diese die schlimmsten Folgen zeitigen würde. Wahlrecht, Koalitionsrecht, Versammlungsfreiheit, Achtstundentag, alle diese unter den schwersten Opfern errungenen Rechte wären in Gefahr; auch die Gewerkschaften, die sich den Haß aller Reaktionen zugezogen haben, wären den wütendsten Verfolgungen ausgesetzt. Unfreiheit und Knechtung würden wieder aufgerichtet werden. Die Arbeiterchaft, voran die gewerkschaftlich organisierte, hat es in der Hand, diese Gefahr abzuwenden, indem sie am 20. Februar den entschlossenen Willen dazu betätigt und ihre ganze Kraft einsetzt: Gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus!

**25 Jahre Verbandsdienst.** Fritz Paepow, der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, stand am 12. Februar 25 Jahre im Dienste der deutschen Bauarbeiter. Nachdem er bis 1908 Redakteur des „Grundstein“ gewesen, wurde er leitender Sekretär des Maurer- und nach der Verschmelzung 1911 des Bauarbeiterverbandes. Nach dem Ableben von Th. Bömelburg wählte ihn der Verbandstag der Bauarbeiter 1913 zum Vorsitzenden. Fritz Paepow hat in den 25 Jahren ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet. Das werden auch diejenigen anerkennen müssen, die, wie wir, nicht immer zu ihm in freundschaftlichen Beziehungen gestanden, zeitweilig sogar mit ihm in Fehde gelegen haben.

**Für ein deutsches Oberschlesien!**

Von den Gewerkschaften aller Richtungen in Oberschlesien ist uns folgender Aufruf zugegangen: „Kollegen! Wir stehen vor dem Endkampf um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die unterzeichneten Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen. Dafür werden die organisierten Arbeiter und Angestellten sorgen. Aber der Friedensvertrag gibt der Entente das Recht, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung, die Grenze festzulegen. Darum muß die Mehrheit für Deutschland eine überwältigende werden, so gewaltig, daß die Entente es nicht wagt, auch nur den kleinsten Teil von Oberschlesien abzutrennen.“

Arbeiter, Angestellte im Reich! Auch um Eure Interessen geht es. Jeder Verlust im ober-schlesischen Industriegebiet ist ein Verlust für Euch. Unsere Industrie ist mit Eurer Existenz so eng verwachsen, daß eines ohne das andere nicht leben kann. Ein deutsches Oberschlesien liefert Euch die Rohstoffe für Eure Arbeit. Ein deutsches Oberschlesien bedeutet für Euch Arbeit und Verdienst, Brot und Kleidung für Eure Frauen und Kinder. Ein polnisches Oberschlesien verstopft die Rohstoffquellen und bringt für Euch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für Eure Familien.

Zeigt also Eure Solidarität! Werbt für Oberschlesien. Kein Abstimmungsberechtigter im Reich darf zu Hause bleiben, wenn er nicht unsere gemeinsame Sache verraten will. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Belehrt die Unwissenden, mahnt die Säumigen, unterstützt uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Einer für alle, alle für einen!  
Auf zum Kampf für Recht und Kultur!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen, daß er sich von allen nationalistischen Treibern fernhält. Auch für den polnischen Arbeiter ist er schon mit Wort und Tat eingetreten. Es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, ob Oberschlesien an Polen abgetreten werden muß oder nicht. Unter polnischer Regierung wären die Erzeugnisse der ober-schlesischen Industrie nicht nur für Deutschland verloren, sondern die ober-schlesische Industrie selber müßte unfehlbar dem Ruin entgegengehen. Darum fordern wir die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

**Literarisches.**

**Wilhelm der Diplomat.** Von Dr. Adolf Köster. Preis 1,50 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Die neuen preussischen Wahlgeseze.** Eingeleitet und erläutert von Paul Hirsch. Preis 7,50 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

**Nicht Gewalt, sondern Organisation.** Der Grundtatum des Bolschewismus. Von Heinrich Ströbel. Sonderheft des „Stn“. Preis 3 M. Firm-Verlag, Berlin W 57.

**Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben.** Von Otto Künzler. Heft 9 der Betriebsratschriften. Verlag Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO 16, Engel- ufer 15.

**Natur und Liebe.** Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Heft 5. Das Abonnement auf die Nummern 4 bis 6 kostet 2,40 M. und 30 1/2 Porto.

**Briefkasten der Redaktion.**

Versammlungs- und Jahresberichte liegen eine große Anzahl vor, so daß ihre Veröffentlichung nicht so schnell erfolgen kann, wie es die Berichterstatter wünschen. Sie kommen aber der Reihe nach, wie sie eingegangen sind, zum Abdruck. — Die Berichterstatter dürfen nicht vergessen, auf dem Manuskript den Namen der Zahlstelle zu vermerken. Zurzeit liegt ein Bericht hier, der weder den Namen der Zahlstelle noch den des Schriftführers enthält. Der Poststempel, der eventuell einen Anhalt bieten könnte, ist unleserlich. Der Verfasser dieses Berichtes wird mithin vergeblich auf Veröffentlichung warten.

**Bekanntmachungen**

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (Ersatzkasse in Hamburg).

**Sitzung:** Hamburg 22, Hamburger Straße 181. 2. Et. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11

Vom 3. bis 31. Januar 1921 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Nachen 307,25 M., Nalen 58,50, Nalchingen 72,45, Altona 90, Altglienicke 500, Altliegebrücke 1453, Arensdorf 160,80, Amühle 27, Bahn 486,05, Bamberg 176,15, Bergen 915,85, Bernau 120, Bernburg 102,95, Bielefeld 100, Bischolmsheim 76,13, Breithardt 1000, Brühl 425, Brunsbüttel 150, Bunzlau 200, Burg 200, Bülow 92,40, Coblenz 1500, Cöpenick 1500, Cuxhaven 200, Doberan

705,63, Eberzwalde 50, Eisenberg 90,50, Erfurt 1500, Effen 150, Eutin 400, Feitenberg 205,46, Feuerbach 29,05, Frankenthal 400, Frankfurt a. d. O. 91,84, Genckmar 500, Gollnow 100,30, Gotha 1000, Göttingen 250, Groß-Flotbek 150, Groß-Gerau 200, Groß-Lichterfelde 800, Groß-Platow 27, Groß-Platow 170, Großschachwitz II 298, Hagen i. W. 100, Hamburg III 100, Hausberge 600, Heilbronn 400, Hockenheim 150, Hohenmölsen 56,60, Horneburg 102,50, Kahla 52,50, Kaiserlautern 70, Kalkberge 400, Konstanz 69,95, Krossingen 121,21, Kühr 320, Lauenburg 250, Lauta 4, Lehnin 640, Leipzig 800, Lübben 500, Lützenwalde 200, Pfinneburg 150, Mainz 800, Malchin 170, Marne 90,80, Memel 900, Meuselwitz 20,87, Müllsch 106,52, Müllner i. W. 176,80, Naumburg 886,86, Neubrandenburg 100, Neukloster 916, Neutöln 1500, Neurruppin 250, Neupelzow 48,70, Nienburg a. d. S. 900, Roffen 259,21, Ober-Erlenbach 101, Ober-Schönmattenweg 170, Osnabach 310, Oschatz 36,50, Pasewalk 150, Pegau 125, Peitzewitz 130, Pirzheim 1200, Pilsballe 710,85, Pirmasens 115, Pöhlitz 700, Prenzlau 100, Pringlaff 91,86, Putlitz 120, Radolfszell 106,70, Radeburg 400, Regenwalde 1000, Reutlingen 29,20, Rodheim v. d. S. 34,61, Ronow 1000, Rudolfsstadt 300, Saalfeld 80, Salungen 28, Scheideitz 220, Schlaben 460,20, Schmölln-47, Schwedda 250, Schwedt a. d. O. 848, Schwemfurt 753,16, Soltau 173,60, Spandau 500, Speyer 10,52, Springe 60, Staßfurt 125, Steegen 800, Stollberg 150, Stolp 100, Stralsund 200, Teterow 100, Trier 246,90, Verden 21,20, Waldshut 114,20, Wandersb. 200, Wannsee 500, Warnemünde 46, Wartenberg 400, Wehrden 440, Weimar 350, Weiskensee 1200, Werder 800, Wieblingen 200, Wilhelmsburg 150, Wilmerdorf 1000, Windecken 700, Wismar 400, Wittenberg 45,20, Wittenburg 781,77, Würzburg 200, Zellin 400, Zittau 100. Summa 49 024,39 M.

Zulassung erhielten vom 3. bis 31. Januar 1921 die örtlichen Verwaltungen: Augsburg 500 M., Bartenwalde 600, Briesen 150, Camnitz 200, Cassel 600, Conweiler 800, Dessau 85,11, Erfurt 1000, Fechenheim 300, Freiburg 600, Friedrichshagen 800, Grlitz 500, Hagenow 300, Hamborn 200, Hamburg I 1597,50, Hamburg II 900, Hamburg III 354, Hamm i. W. 2000, Herzfelde 400, Hildesheim 700, Kall 100, Kolzig 700, Köln 200, Krbpelin 170, Ludwigshafen 500, Marburg 600, Mariendorf 600, Martöbel 200, Merseburg 100, Merseitz 300, Müllsch 100, Mürs 160, Ober-Schönweide 150, Oranienburg 800, Rimplar 300, Schönerrinde 500, Schräck 350, Seid 300, Siedenburg 324, Stargard 300, Wedel 500, Wilhelmshaven 188,25, Worms 200. Summa 20 128,86 M.

**Abrechnung vom Unterstützungsfonds der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (Ersatzkasse in Hamburg)

vom 16. November 1920 bis 31. Januar 1921.

Einnahme.

Rassenbestand am 15. November 1920: 2610,86 M., Altenburg 3,10, Arnstadt 1,80, Augsburg 2,30, Augustwalde 4,40, Bahn —,80, Bamberg 2,40, Barmen —,50, Baugen 1,40, Beetz 2,80, Berlin 36,60, Bernburg 2,90, Bielefeld 1,70, Bochum 1,50, Bornstedt —,90, Bückingen —,20, Breithardt 2,70, Bremen —,40, Breslau 2,50, Bunzlau 2,30, Burg 7,50, Cammer —,80, Cassel 5, Charlottenburg —,80, Chemnitz —,10, Conweiler —,15, Cöpenick 6,50, Crefeld 1,30, Danzig —,60, Dessau 2,50, Deuben —,60, Deutsch-Lissa —,40, Dobran 2,50, Dödenhuden —,80, Dortmund 2, Dresden I 10, Dresden II 2, Duisburg 1,50, Eisenach 2,40, Eisenberg —,90, Elbing 1,60, Emmendingen 2,90, Erfurt 1,30, Effen 2,50, Flensburg 3,10, Frankfurt a. M. 5, Frankfurt a. d. O. 2,50, Freiburg 5,20, Friedrichshagen 3,70, Freyhan —,70, Fürstenwalde 3,30, Grlitz 3,50, Geesthacht 1,40, Gelsenkirchen 1,50, Grlitz 3, Gotha 1,80, Groß-Flotbek —,70, Groß-Gerau 5,20, Großharthau —,80, Groß-Lichterfelde 8,80, Großschachwitz I 1, Großschachwitz II —,60, Gütrow 7,80, Hagen i. W. 6,50, Hagenow —,60, Halle —,30, Hamburg I 7,20, Hamburg III 4,60, Hameln —,20, Hamm —,30, Hannover-Linden 1,50, Harburg 4,40, Heidingsfeld 5,90, Heilbronn 3, Hermsdorf 4,50, Hildesheim —,30, Hirschberg 4,70, Hundsfeld —,20, Jena 4,40, Kaiz 5, Kahla 1,10, Kall —,40, Kalkberge 2,10, Karlsruhe 1,50, Kellinghausen 2,50, Kiel 6,80, Kolzig 1,30, Langendiebach 5, Lehnin 1,10, Leipzig 3,10, Loschwitz —,90, Lübben 4,90, Lübeck 3, Ludwigshafen 5, Magdeburg 1,60, Mainz 4,30, Mariendorf 2,90, Martöbel 1,20, Meißen 2,50, Memel 2,40, Merseburg 5, Merseitz —,70, Meuselwitz —,80, Mülln i. L. 1, Mülheim a. Rh. 1,50, Müllner i. W. 5,50, Naumburg 1,20, Neubrandenburg 1, Neutöln 3,70, Neust. 5,30, Nordenham 6,10, Roffen 1,50, Rowawes 6,40, Müllner 3, Ober-Erlenbach 1,70, Ober-Schönmattenweg 2,10, Ohlau —,80, Oranienburg 10, Pantow 2,50, Pasewalk —,50, Pforzheim 2,50, Pilsballe 17,50, Pinneberg —,50, Pirmasens 1,80, Potsdam 3,60, Prenzlau 1, Pritz 1,20, Radolfszell 2,10, Radeburg 1, Regenwalde 1, Reichensachsen 1,10, Reutlingen 4,50, Rostock —,50, Rudolfsstadt 1,50, Ruhrtort —,60, Salungen 1,50, Schönebeck 1,80, Schöneberg 13, Schreit 5, Schwerin 2, Seib 17,90, Seid 1,60, Spandau 3, Stargard 2, Staßfurt —,40, Steglitz 9, Steinbe 2,80, Stollberg 2,30, Stolp —,40, Stralsund —,90, Stuttgart 1,70, Sulingen —,10, Tegel 2 50, Teltow 5,50, Belten 2, Waldshut 2,70, Wedel 2,30, Wehrden 3,20, Weimar —,80, Weiskensee —,40, Wernigerode 1,50, Wilhelmsburg —,90, Wilhelmshaven 2,50, Wisdruff —,80, Wismar 2, Wittenburg 1,70, Würzburg 6, Zittau 1,50, Einzelzahler 6,30. Summa 3124,01 M.

Ausgabe.

Postmann-Deuben 10 M., Pladow-Steglitz 30, Marg Kiel 20, Frau Regenweid-Bochum 20, Mitteldorf-Hamburg I 10, Kraatz-Bornstedt 30, Birch-Beilm II 25, Frau Memeyer-Hamburg I 20, Thiele-Gr.-Lichterfelde 80, Frau Schent-Berlin V 20, Burmeister-Wismar 10, Niede-Deutsch-Lissa 5, Ruppel-Deutsch-Lissa 5, Auer & Co. für Marken 185, Porto laut Buch 6, Rassenbestand am 31. Januar 1921 2698,01 M. Summa 3124,01 M. Revidiert und für richtig befunden durch A. G r o t h.

Von einigen Verwaltungsstellen sind Gelder für den Unterstützungsfonds in von den Städten herausgegebenen Gutscheinen eingezahlt worden. Diese Scheine haben hier keine Gültigkeit und werden den Kassierern gelegentlich wieder zurückgeschickt.

Der fehlende Betrag ist mit dem 1. Quartal in Kassen-scheinen oder Briefmarken einzulösen. Weiter zur Kenntnis, daß auch Saar-Briefmarken hier ungültig sind.

Die alten im Laufe des 1. Quartals nicht verkauften Marken vom Unterstützungsfonds für 1920 sind ebenfalls mit der Abrechnung des 1. Quartals einzulösen. Der Vorstand.

**Versammlungsanzeiger.**

- Sonnabend, den 12. Februar:** Soltau: Abends 8 Uhr bei Emma Meyer.
- Montag, den 14. Februar:** Rendsburg: Abends 8 Uhr im „Apollosaal“.
- Dienstag, den 15. Februar:** Elmshorn: Abends 8 Uhr.
- Mittwoch, den 16. Februar:** Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schulz, Taubenstr. 11. — Liegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — Rausgard: Abends 8 Uhr beim Bäckermeister Gabrecht, Grefenberger Straße. — Oschersleben: Abends 8 Uhr bei Suske, Sackstr. 1.
- Donnerstag, den 17. Februar:** Greifswald: Abends 7 Uhr in der „Stenballe“, Lange Reihe 30.
- Freitag, den 18. Februar:** Bochum: Abends 6 1/2 Uhr bei Gustav Janzen, Marienstraße. — Radolfszell: Abends 8 Uhr im „Krotopol“.
- Sonnabend, den 19. Februar:** Godesburg: Abends 8 Uhr im „Volkshaus“. — Cöthen: Gleich nach Feierabend in der „Ludwigshalle“. — Lörrach: Abends 8 Uhr im Lokal „Zum wilden Mann“. — Münster i. Westf.: Abends 8 Uhr bei August Brinkmann, Krummer Limpen 29/30. — Sprottan: Abends 5 1/2 Uhr bei Stübner.
- Sonntag, den 20. Februar:** Berlinchen: Nachm. 3 Uhr im „Neuen Schützenhaus“. — Chemnitz, Bez. Oelsnitz: Vorm. 9 1/2 Uhr im „Deutschen Herz“. — Coblenz: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Süßmund, Gorzenstraße 36. — Christburg: Nachm. 2 Uhr im „Klostergarten“. — Effen: Vorm. 10 Uhr in „Stadt Oberfeld“. Ecke Steeler Straße und Postallee. — Güttersloh: Vorm. 10 Uhr bei S. Hammelkamp, Berliner Straße, „Stadt Gütersloh“. — Hagen i. W.: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Wiersefelder- und Bergstraße. — Jmmenstadt: Vorm. 10 Uhr im Lokal „Zur Sonne“. — Mühlberg a. d. S.: Nachm. 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Anzeigen.**

**9 M. Nachruf.**  
Am 25. Januar starb nach schwerem Leiden unser treuer Kamerad **Wilhelm Kegel** im Alter von 65 Jahren. Er war Mitbegründer der Zahlstelle. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Osterburg.

**8 M. Nachruf.**  
Am 30. Januar starb unser Mitglied **August Kühne** im Alter von 67 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Magdeburg u. Umg.

**9 M. Nachruf.**  
Am 1. Februar starb unser Kamerad **Hugo Johannsen** im Alter von 32 Jahren. Er war uns stets ein hilfsreicher und treuer Kamerad. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle Marne i. Holfst.

**9 M. Nachruf.**  
Am 17. Januar starb an den Folgen eines Berufsunfalles unser Kamerad **Ernst Eisenträger** aus Röhrda im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Duisburger Kameraden.

**Zimmerpolier,**

mit allen Arbeiten vertraut, der auch Bauzeichnerei gründlich versteht, sofort gesucht.  
[5 M.] Geisenheimer, Zeltershausen i. Thür.

**Achtung! Zahlstelle Eisenach und Umg.**

Zu der am Sonntag, 13. Februar, nachm. 2 Uhr, in der „Frankfurter Bierhalle“ stattfindenden Mitglieder-versammlung werden alle Kameraden, auch die auswärtigen, der wichtigen Tagesordnung wegen dringend ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Sämtliche Bezirkskassierer von den Ortsteilen sind besonders eingeladen. [8,20 M.] Der Vorstand.

**Zahlstelle Rendsburg.**

Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, Mitglieder-versammlung im Apollosaal. Tagesordnung: Beschlußfassung über Erhöhung des Lokalfondsbeitrages. Erscheinen aller Kameraden unbedingt nötig.  
[2,80 M.] Der Vorstand.